

V 1669

# perspektiven für österreich – perspektiven für *die menschen*

die övp denkt vor:



<b>Ein neuer Geist – Ein frischer Wind für Österreich</b>	<b>4</b>
<b>1. Wer wir sind und was wir wollen</b>	<b>6</b>
<b>2. Familie hat Zukunft</b>	<b>10</b>
<b>3. Kindheit und Familie neu denken</b>	<b>17</b>
<b>4. Bildung – Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts</b>	<b>20</b>
<b>5. Perspektiven für die Arbeits- und Aufstiegsgesellschaft</b>	<b>31</b>
<b>6. Wirtschaft in einem globalisierten Umfeld</b>	<b>35</b>
<b>7. Integration – Toleranz und wehrhafte Demokratie</b>	<b>42</b>
<b>8. Den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln</b>	<b>44</b>
<b>9. Klimawandel – Die Erfordernisse der Erde ernst nehmen</b>	<b>50</b>
<b>10. Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Lebensqualität</b>	<b>54</b>
<b>11. Verantwortung für Europa und die Welt</b>	<b>56</b>
<b>12. Sicher leben – Perspektiven der inneren und äußeren Sicherheit</b>	<b>59</b>
<b>13. Der Weg der Mitte – Weder neoliberal noch sozialistisch</b>	<b>62</b>
<b>14. Wir haben verstanden</b>	<b>62</b>

## : Ein neuer Geist – Ein frischer Wind für Österreich

Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 1. Oktober 2006 hat mich der Parteivorstand der Volkspartei beauftragt, als Leiter der Perspektivengruppe unsere bisherigen Positionierungen zu hinterfragen und neue Zugänge und Wege für die Zukunft unserer Arbeit vorzuschlagen. Gemeinsam mit 16 Kolleginnen und Kollegen, die mir aus allen Bundesländern und Teilorganisationen der Partei als Leiter von Impulsgruppen zur Seite standen, habe ich mich im Laufe des vergangenen Jahres dieser Arbeit gewidmet.

Dabei dürfen wir eines nicht übersehen: Die Wahlen des vergangenen Jahres brachten nicht nur eine Niederlage für die Volkspartei. Auch ein anderes Ergebnis muss uns zu denken geben: Über 1,3 Mio. Menschen sind nicht zur Wahl gegangen. Das ist die historisch niedrigste Wahlbeteiligung seit 1945. Die „Partei“ der Nichtwähler ist damit nach SPÖ und ÖVP drittstärkste Kraft im Land. Das ist insgesamt eine deutliche Absage an die Art und Weise, wie wir – alle miteinander – Politik machen.

Perspektiven zu entwickeln stellt für mich daher unverzichtbar den Anspruch, über die Grenzen bestehender Strukturen und Gewohnheiten hinauszugehen – und hinauszuwachsen. Daher stand für mich von Anfang an fest: Wir sollen diese Aufgabe nicht still im Hinterzimmer der Parteizentrale erledigen, sondern sie bewusst und mit allem Risiko offen und transparent angehen. Wir haben daher nicht nur Expertinnen und Experten von außerhalb der Partei, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von einer Vielzahl von „Special Interest Groups“ zu unseren Diskussionen eingeladen; wir haben unsere Diskussion grundsätzlich für all jene interessierten Bürgerinnen und Bürgern geöffnet, die sich bei uns gemeldet haben und sich einbringen wollten. Mehr als 100 öffentliche Veranstaltungen mit insgesamt über 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprechen heute für den Erfolg dieses Vorhabens.

Mir war es dabei auch wichtig, die Möglichkeiten des Internets offensiv zu nutzen. Mit der Plattform [www.perspektiven2010.at](http://www.perspektiven2010.at) haben wir einen neuen und für die österreichische Parteienlandschaft einzigartigen Diskussionsraum geschaffen. Mehr als 1 Mio. Zugriffe seit Anfang 2007 sowie über 7.000 substantielle Beiträge und Anregungen in den 16 Foren der Plattform bestätigen, dass dieser Weg Zukunft hat. Eine ganze Reihe von Vorschlägen des vorliegenden Papiers reflektieren die Diskussionen der Plattform.

Ich bin heute überzeugt: Die offene Ausrichtung der Diskussion ist an sich bereits ein Erfolg. Verkrustungen wurden aufgebrochen und der Blick über den bisherigen Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizont der Partei hinaus gehoben. Der Prozess der Öffnung ist weder bequem noch einfach noch kann er als abgeschlossen betrachtet werden. Aber bereits heute ist klar: Er hat uns näher an die Lebensrealitäten der Menschen gebracht und ist damit irreversibler Ausgangspunkt unserer weiteren Entwicklung.

Mit der neuen Offenheit muss unausweichlich eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung einhergehen. Politik muss sich stärker mit Inhalten beschäftigen und weniger mit ihren Absendern. Was gesagt wird, muss wichtiger sein, als von wem es gesagt wird. Alles kann zur Debatte stehen. Denkverbote darf es nicht geben. Wer eine Idee verwirft, muss dies mit Argumenten begründen, nicht mit vermeintlicher Autorität. Dies ist keine Forderung, die sich an meine eigene Partei alleine richtet. Es ist ein Anspruch an die politische und mediale Kultur des Landes insgesamt.

Seit Beginn der Arbeit haben die Gespräche in den Impulsgruppen sowie mit Hunderten von Funktionärinnen und Funktionären an der Basis zwei Dinge deutlich gemacht: Ja, es gibt in unserer Partei sowohl den Willen als auch die Kraft zur Veränderung und Entwicklung. Zu spüren ist aber auch die tiefe Sehnsucht danach, dass wir uns im politischen Tagesgeschäft wieder stärker von unseren grundlegenden Prinzipien leiten lassen. Für mich ist deutlich geworden: Nach Jahren eines vor allem durch die Regierungsarbeit bedingten Pragmatismus müssen wir uns in Zukunft wieder stärker, erkennbarer und spürbarer an unseren Grundsätzen orientieren.

- Wir sind die christdemokratische Partei Österreichs.
- Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.
- Wir sind die Partei des entschlossenen Rechtsstaats und des weltoffenen Patriotismus.
- Wir sind die Volkspartei.

Das Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 formuliert unsere Werte und unser Menschenbild. Den Ausgangspunkt unseres politischen Handelns finden wir in den grundlegenden Menschenrechten:

- in der Achtung des menschlichen Lebens,
- im Respekt vor seiner Würde,
- in seinem Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung,
- in der Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft
- sowie in der solidarischen Verantwortung der Gemeinschaft für den Einzelnen.

Ziel der Perspektivenarbeit war für mich nicht nur herauszuarbeiten, was uns im Inneren verbindet und wofür wir stehen, sondern auch, was uns von politischen Mitbewerbern unterscheidet. Wir sollten davon ausgehen, dass es allen redlich arbeitenden und demokratisch ausgerichteten Parteien um die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Österreich geht. Keine Partei hat ein Monopol auf Fairness und Gerechtigkeit.

Was uns jedoch deutlich voneinander unterscheidet ist die Art, wie wir diese Werte begründen und wie wir ihre Umsetzung anstreben. Anstelle der sozialistischen Vorstellung einer normierten Anspruchs- und Klassengesellschaft bieten wir den Menschen das Leitbild einer offenen und solidarischen Chancengesellschaft. Wir bekräftigen den Begriff des Privateigentums und wollen dafür arbeiten, dass Eigentum von allen gerecht erarbeitet und erwirtschaftet werden kann. Unsere Politik soll den Menschen Chancen eröffnen, damit sie ihr Glück machen können. Wenn es Probleme gibt, wollen wir sie lösen und nicht zudecken.

Wir sehen die Zukunft der Volkspartei nicht in einer rückwärtsgewandten und bewahrenden Klientelpartei, die ihre Politik aus überkommenen Vorstellungen heraus entwickelt. Auch in der Abgrenzung nach Rechts ziehen wir eine klare Linie: Wir wollen die ÖVP als eine moderne, neugierige und optimistische Partei aus der Mitte des Volkes etablieren. Wir sind stolz auf unser Österreich und können aus der Kraft des Erreichten anderen Menschen und Kulturen offen begegnen. Mit der Volkspartei wollen wir – auf dem Fundament eines aufgeklärten Christentums – ein spannendes politisches Angebot für Österreichs reiche Vielfalt an gesellschaftlichen Gruppen, Lebensstilen und Generationen sein.

Dementsprechend soll die Volkspartei in einer Welt des gesellschaftlichen und globalen Wandels und in einer Zeit der Verunsicherung dafür arbeiten, den Menschen in Österreich Heimat zu geben – mit einem Höchstmaß an Chancen, Wohlstand und persönlicher Freiheit.

Wir bieten Österreich einen neuen Geist der Offenheit und einen frischen Wind des Optimismus und der Zuversicht. Dem demütigenden Almosenstaat sozialistischer Prägung stellen wir den Dienstleistungsstaat von heute gegenüber – einer Politik der Bevormundung eine Politik der Ermöglichung.

Unser politisches Angebot richten wir daher zum einen an die arbeitenden und gestaltenden Menschen in Österreich – dazu gehören für uns auch jene, die arbeiten wollen, es aber aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht können. Zum anderen richten wir unser Angebot in großer Dankbarkeit an die Generationen, die bereits viel für Österreich geleistet haben. Sie haben Anspruch auf Sicherheit und Verlässlichkeit.

Die Arbeit in der Perspektivengruppe hat gezeigt: Es gibt enorme Herausforderungen, vor denen wir alle stehen. Aber es gibt noch viel mehr Menschen, die bereit sind, sich mit ihrem Wissen und mit ihren Ideen einzubringen und einzusetzen. Und es gibt eine Partei, die dafür eine Plattform schafft, wie es sie bisher in Österreich dafür nicht gab: Lernwillig, gesprächsbereit, handlungsbereit.

Darauf können wir stolz sein. Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben und freue mich darauf, gemeinsam mit ihnen an der Aufgabe zu arbeiten, die uns über Parteigrenzen hinaus verbindet: Perspektiven für die Menschen – Perspektiven für Österreich.

**: Ihr Josef Pröll**

## Wer wir sind und was wir wollen

### Unsere Prinzipien: Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit – und Nachhaltigkeit

Wir sind überzeugt: Österreich hat gute Chancen, gestärkt aus dem weltweiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel hervorzugehen und Wohlstand und Sicherheit auch unter veränderten Bedingungen zu behaupten und zu entwickeln. Dazu brauchen wir kreative Antworten auf neue Herausforderungen ebenso wie die Treue zu unseren alten Werten. Die Volkspartei ist die einzige Partei, die wirtschaften kann. Wirtschaftliche Vernunft ist notwendig, aber nicht ausreichend, um die Zukunft zu meistern. Niemand bezweifelt es und die Ergebnisse bezeugen es, dass sich die Volkspartei um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes verdient gemacht hat. Viele fragen sich aber, warum wir nicht mit der gleichen Leidenschaft auch über die Gerechtigkeit gesprochen haben. Auch so ist das unbefriedigende Wahlergebnis vom 1. Oktober 2006 zu erklären. „Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist ebenso abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus“, hat uns Wilhelm Röpke, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, ins Stammbuch geschrieben. Es gibt Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage“, und sie bewegen die Menschen oft mehr als Zahlen und Ziffern.

Es gibt Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage“, und sie bewegen die Menschen oft mehr als Zahlen und Ziffern.

Wir von der Perspektivengruppe plädieren deshalb für einen ausbalancierten Dreiklang in unserem Engagement:

- Wir wollen *Gerechtigkeit* und Chancen für jeden Menschen.
- Wir stehen für eine neue *Sicherheit* im doppelten Sinne: als Antwort auf die globale soziale Frage und mit Null-Toleranz in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, wenn es um österreichische Interessen geht.
- Wir wollen die ÖVP als eine *aufgeschlossene Partei*, die neue Herausforderungen annimmt, was beispielsweise Kultur, Lebensstile, Ökonomie und neue soziale Fragen betrifft.

Und wir wollen bei allem, was wir tun, das Prinzip der *Nachhaltigkeit* zu Grunde legen. Wir wollen die Lebenschancen der künftigen Generationen mehren und nicht verzehren.

### Vertrauen neu begründen

Gerechtigkeit erfahren, sicher leben, sich frei entfalten, nachhaltig wirtschaften: In diesem Quartett der Werte wissen wir uns einig mit der Mehrheit der Menschen. Nur auf der Grundlage dieser Werte wird es gelingen, neues Vertrauen zu begründen, nicht nur für unsere Politik, sondern für die Politik insgesamt. Vertrauen ist ein kostbares Kapital: Rasch ist es verspielt und nur mühsam wieder aufzubauen. Es hilft nicht, darum herum zu reden: Um das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Politik und Parteien auf der anderen Seite ist es nicht zum Besten bestellt. Viele Entwicklungen tragen dazu bei, dass die Beziehungen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern schwieriger geworden sind. Die Opportunität des Augenblicks drängt oft bei politischen Entscheidungen. Die in einer Demokratie legitime Machtlogik führt zu einem politischen Wettbewerb, bei dem es scheinbar nur um die Macht geht und nicht immer klar wird, was eine Partei mit der Macht machen will. Im politischen Alltag tragen Parteien, auch die Volkspartei, ungewollt, aber folgschwer dazu bei, um taktischer Vorteile willen das Vertrauen in die Politik zu untergraben.

So haben sich die Lebenswelt der Menschen und die Welt der Politiker immer weiter auseinander entwickelt. Es braucht deshalb neue Brücken, neue Wege und ein neues Denken, um Politik wieder näher an die Menschen heranzubringen. Das ist zum einen eine Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Und es ist zum anderen eine Frage der konzeptionellen Entwicklung und der kommunikativen Begründung einer Politik, die überzeugt und deshalb Vertrauen verdient. Wir schlagen vor, Politik aus der Perspektive

Es braucht neue Brücken, neue Wege und ein neues Denken, um Politik wieder näher an die Menschen heranzubringen.

der Menschen, aus der Perspektive ihres Lebensverlaufes zu denken und zu gestalten, um so die Politik so nahe wie möglich an das Leben der Menschen heran zu führen. Wir wollen die politische Entfremdung überwinden. Politik ist eine gemeinsame Angelegenheit aller. Wir wollen eine Partei, die nach innen und nach außen anders auftritt, die anders redet und näher dran ist an den Menschen.

## **Dialog, Demokratie, Beteiligung**

Um die Politiker- und die Bürgerwelt wieder näher zueinander zu bringen, setzen wir auf ein höchstmögliches Maß an Beteiligung und Einbindung. Aus Betroffenen sollen Beteiligte gemacht werden. Wir wollen stärker denn je in der Gesellschaft präsent und nah an den Menschen sein. Politik muss auf Dialog gründen. Wir wollen daher aus Parteitagungen Tage der Demokratie und des Dialogs machen und auch Menschen hören, die weder Mitglieder noch Funktionsträger sind. Besonders öffnen wollen wir uns gegenüber denen, die wenig Zeit haben (den „Zeitarmen“, wie man sie nennt) und die deshalb von der Partei- und Gremienpolitik praktisch ausgeschlossen und oft auch abgestoßen sind, also den jungen Eltern, Alleinerziehenden und den beruflich besonders Beanspruchten. Das kann dadurch geschehen, dass wir nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, in unsere Parteiveranstaltungen, sondern dass wir dorthin gehen, wo die Menschen leben und arbeiten. Die Volkspartei muss wieder neu entdecken, was man – leicht missverständlich – den „vorphilosophischen Raum“ oder auch den „politischen Vorhof“ nennen mag: Dort, wo die Menschen sind, fängt Politik eigentlich an. Menschen mit wenig Zeit mehr mitwirken zu lassen bedeutet, verstärkt die neuen Medien für die Diskussion zu nutzen oder E-Voting, d. h. Abstimmungen übers Internet, für parteiinterne Wahlen zu nutzen. Wir wollen auch stärker als bisher Menschen mit Migrationshintergrund erreichen, die ein klares Bekenntnis zu Österreich und unserem Wertefundament ablegen. Wir setzen dabei auf aktive Elemente der Kommunikation. Das Internet mit seinen neuen interaktiven Möglichkeiten ist ein modernes Instrument, um politikinteressierte, aber parteifremde Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und anzusprechen. Wir müssen die Möglichkeiten des Internet ehrlicher und offensiver annehmen. Das Internet ist längst nicht mehr nur eine virtuelle Nebenwelt. Es ist Teil unserer Realität. Über Foren und Blogs können wir unsere Positionen zur Diskussion stellen und neue Ideen aufnehmen. Mit einer Initiative „Denkfabrik Österreich“ wollen wir neue Wege der Einbindung und Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern beschreiten. Wir müssen den im Rahmen der Perspektivengruppen aufgebauten Kontakt zur Zivilgesellschaft, von den Vereinen bis hin zu den NGOs, weiter pflegen und ihnen zuhören, was sie an Ideen haben, was sie von uns erwarten und was sie beitragen können. Ziel sind konkrete Handlungsstrategien und Projektideen auf Gemeinde-, Bezirks- und regionaler Ebene, die von den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Kultur umgesetzt werden.

Politik lebt von der Wahl. Wahlen entscheiden über Demokratie und Zukunft. Wir setzen auf mehr Beteiligung und Dialog auch bei Wahlen. Wir wollen möglichst viele für die Demokratie mobilisieren. Warum sollten Wahlen nicht auch dort stattfinden oder Wahlkarten dort abgegeben werden können, wo sich viele Bürgerinnen und Bürger täglich aufhalten: an Bahnhöfen, Flughäfen, in Gasthäusern oder Supermärkten oder auch im Internet? Die zunehmende Nichtbeteiligung an Wahlen macht uns Sorgen. Die Partei der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist nicht unser Ideal von Demokratie. Deshalb müssen wir über klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament jenseits großer Koalitionen nachdenken, denn durch das bestehende Wahlrecht erzwungene Koalitionen können die Demokratie mehr schädigen als sichtbare Richtungsentscheidungen bei Wahlen. Eine Debatte über die verschiedenen Optionen des Mehrheitswahlrechts ist eröffnet. Wir setzen auch auf mehr direkte Demokratiebeteiligung. Die Direktwahl von Kandidatinnen und Kandidaten und die Abstimmung bei wichtigen Fragen fördern das Vertrauen und die Beteiligung an Politik. Demokratie muss sich lohnen. Bezirke und Gemeinden mit einer höheren Wahlbeteiligung als bislang wollen wir auszeichnen. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist ein erstes und wichtiges Ergebnis, für das wir uns in der Perspektivengruppe erfolgreich eingesetzt haben, weil wir uns dazu bekennen, die Jugendlichen in die politischen Entscheidungen einzubinden und mitgestalten zu lassen. Denn die politischen

Wir wollen eine Partei, die nach innen und nach außen anders auftritt, die anders redet und näher dran ist an den Menschen.

Aus Betroffenen sollen Beteiligte gemacht werden.

Eine Debatte über die verschiedenen Optionen des Mehrheitswahlrechts ist eröffnet.

Wenn Österreich  
im Bereich des  
E-Government eine  
Vorreiterrolle hat,  
warum sollen  
wir nicht auch  
im Bereich  
E-Voting vorn  
mit dabei sein?

Entscheidungen von heute bedingen die Lebenswelten von morgen und übermorgen. Egal, ob in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, familienpolitischen oder sozialen Fragen. Auch die Einführung der Briefwahl ist als Ergebnis der Perspektivengruppe bereits Realität und ermöglicht eine höhere Wahlbeteiligung. Wenn Österreich im Bereich des E-Government eine Vorreiterrolle hat, warum sollen wir nicht auch im Bereich E-Voting vorn mit dabei sein? Jedenfalls fordern wir bei den Wahlen zum Europäischen Parlament E-Voting im europäischen Einklang zu ermöglichen.

Die Überwindung des sogenannten „digital divide“, der digitalen Kluft zwischen jenen, die über einen Internetzugang verfügen und jenen, die über keinen Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien verfügen, ist für uns daher unverzichtbare Voraussetzung dieser demokratiepolitischen Entwicklung. Flächendeckender Zugang zu Breitband sowie umfassende E-Alphabetisierung sind zentrale Aufgaben der Infrastruktur- und Bildungspolitik. Mittelfristiges Ziel muss sein, dass in jedem österreichischen Haushalt ein Computer mit Internetzugang vorhanden ist und in seinen Grundfunktionen genutzt werden kann. So wie Schülerinnen und Schüler heute gratis mit Schulbüchern ausgestattet werden, könnten in Zukunft alle Kinder nach Abschluss der Volksschule für ihren weiteren Bildungsweg mit einem persönlichen Laptop gratis ausgestattet werden. Dieser Jugend-Laptop ist Ausdruck einer modernen Bildungskultur und legt die Basis für die moderne Arbeitswelt von morgen in Österreich.

Beteiligung am öffentlichen Leben heißt in unserer Kommunikationsgesellschaft für viele Menschen noch immer die Nutzung klassischer Medien. Insbesondere darf man trotz des faszinierenden Blicks auf die neuen Medien nicht die noch immer überragende Bedeutung des Fernsehens aus den Augen verlieren. Für Österreich bedeutet das insbesondere das duale Rundfunksystem weiterzuentwickeln, auch durch die Einrichtung einer unabhängigen Medienbehörde im Sinne europäischer Standards. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in Österreich wie in Europa einen besonderen Stellenwert, kann aber nicht mehr den Anspruch stellen, alleine für qualitätsvolle Inhalte zu stehen. Wir von der Perspektivengruppe plädieren dafür, die Qualitätsansprüche an öffentlich-rechtliche Rundfunksender auch in Zukunft als deren Herzstück zu sehen und einzufordern. Gleichzeitig muss das Gebührenmonopol des ORF zu einem sachlich fundierten Mediengebührensysteem umgewandelt werden. Dies muss für alle

**Noch nie war  
eine Diskussion  
so breit.  
Erstmals ist eine  
Partei so offen.  
Auch so kann  
Politik heute sein.**

Anbieterinnen und Anbieter offen sein, die öffentlich-rechtliche Programminhalte zur Verfügung stellen. Die öffentlich-rechtlichen Inhalte müssen darüber hinaus zeitgemäß orientiert sein. Insbesondere heißt das eine Ergänzung um das Prinzip Nachhaltigkeit.

Nicht nur die Politik, auch die Verwaltung muss näher an die Bürgerinnen und Bürger heran. In einer mobilen Gesellschaft müssen sich auch die Behörden verändern. Politik und Verwaltung haben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld. Künftig sollen alle Vorgänge per Telefon, Post oder Internet bearbeitet werden können. Gesetze und Vorschriften müssen verständlich und transparent, d. h. nachvollziehbar und nachlesbar sein. Die Begutachtungsverfahren für Gesetze sollen nicht nur verwaltungstechnische Aspekte, sondern in erster Linie die Verbesserung der Servicequalität für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger im Auge haben. Wir wollen mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen einen Dialog über die Aufgaben des Staates führen: Was kann die Einzelne und der Einzelne tun, was muss der Staat machen? Und was können Wirtschaft und Staat gemeinsam besser machen? Das Staatsbild verändert sich. Wir wollen den Staat als Partner einer aktiven Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft und einer starken Wirtschaft. Wir denken von den Bürgerinnen und Bürgern zum Staat, bei uns stehen die Menschen im Mittelpunkt. Andere denken vom Staat zum Bürger. Wir wollen die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen und nicht die Regelungskompetenz des Staates in allen Lebensbereichen.

Wir denken von den Bürgerinnen und Bürgern zum Staat. Andere denken vom Staat zum Bürger.

### Politik, die zu den Menschen passt: Die Perspektive des Lebensverlaufs

„Perspektiven für Österreich“ müssen sich bewähren als *Perspektiven* für die Menschen in Österreich. Politik muss zu den Menschen passen, wie sie heute und morgen leben – und nicht zu den Mustern der Vergangenheit. Wer heute in Österreich jung ist, hat ganz ähnliche Träume wie seine Eltern und Großeltern, und doch wird das Leben der jungen Leute einen anderen Verlauf nehmen, nicht weil sich die Menschen, sondern weil sich die Zeiten geändert haben. So wollen junge Frauen und Männer nach wie vor einen interessanten Beruf und Menschen, die mit ihnen durch dick und dünn gehen. Wenn sie über die Zukunft und über ihr Leben sprechen, dann wünschen sie sich eine sinnvolle Tätigkeit und eine verlässliche Partnerschaft und ganz überwiegend Familie mit Kindern. Politik kann Menschen nicht glücklich machen. Aber Politik kann Menschen unglücklich machen, direkt und unmittelbar in Diktaturen, indirekt und mittelbar, wenn sie sich mit Verhältnissen abfindet, an denen die Träume und Hoffnungen junger Menschen zerbrechen. Politik macht einen Unterschied, wenn es darum geht, *mehr Chancen für mehr Menschen* zu schaffen, ihr Leben zu leben, so wie sie es für gut und richtig erachten, und zwar heute und morgen und nicht gestern und vorgestern.

Politik muss zu den Menschen passen, wie sie heute und morgen leben – und nicht zu den Mustern der Vergangenheit.

Früher war der Lebensverlauf der meisten Menschen überschaubar und klar geordnet. Er entwickelte sich von Stufe zu Stufe wie auf einer Lebenstreppe. In der Jugend lernte man fürs Leben – und für ein ganzes Leben. Als Erwachsener hatte man in der Regel *einen* Beruf und war verheiratet; die Rollen zwischen Mann und Frau waren gesellschaftlich vorgegeben. Das Alter war kurz, man ruhte sich von den Mühen des Lebens aus. Es waren klare und es waren standardisierte Lebensläufe; und entsprechend waren Wirtschaft und Gesellschaft, die Arbeitswelt und das Familienleben, das Bildungssystem und auch die Öffnungszeiten in den Amtsstuben organisiert.

Der Unterschied zum Leben, das junge Menschen heute vor sich haben, ist offensichtlich. Sie haben es heute schwerer. Sie werden nicht mehr alles in der Jugend lernen können, was sie im Leben brauchen. Viele werden den Beruf wechseln und alle müssen mitten im Leben neue Kompetenzen erwerben. Manche heiraten spät, andere gar nicht, die meisten wollen Beruf und Familie vereinbaren. Die gewonnenen Jahre (die Menschen leben fast dreißig Jahre länger als vor hundert Jahren, ein Drittel der Gesellschaft lebt jenseits der traditionellen Pensionsgrenze) bringen nicht nur für das Alter ganz neue Möglichkeiten, sondern aus unserer Sicht auch ganz neue Aufgaben. Alles in allem brauchen entstandardisierte Lebensläufe andere Institutionen und flexible Antworten. Die Politik, aber auch Wirtschaft und Unternehmen müssen näher an die bunte, vielfältige Wirklichkeit des Lebens heran.

## Familie hat Zukunft

Familien leben. Sie haben nach wie vor einen hohen Stellenwert im Leben der Menschen, bei Eltern und Kindern, Frauen und Männern, bei Jungen wie Alten. Nach wie vor leben die allermeisten Kinder und Jugendlichen bei ihren beiden gemeinsamen Eltern, und nicht wenige bleiben immer länger. Nach wie vor ist die Familie das zuverlässigste soziale Netz, wenn Menschen Menschen brauchen. Familie ist der erste und elementarste Ort für das Erleben von Liebe, Solidarität und Angenommensein. Es gibt keinen Grund zum Pessimismus, aber es gibt gute Gründe, neue Wege zu gehen, um die Lebensbedingungen von Familien in der heutigen Zeit zu verbessern.

### Vom Wert der Familie und vom Wandel der Familien

Familie ist für uns dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Familie ist für uns dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Im ehelichen Zusammenleben der Eltern sehen wir die besten Voraussetzungen für das Aufwachsen von Kindern. Funktionierende Familien können durch nichts ersetzt werden. Wir wissen und anerkennen, dass auch in anderen Formen des Zusammenlebens Menschen Verantwortung füreinander leben können. Wir von der Perspektivengruppe betrachten es als Aufgabe, gesellschaftlichen Entwicklungen ins Auge zu sehen, ohne dabei wichtige Werte über Bord zu werfen oder bewährte Institutionen wie die Ehe in Frage zu stellen. Es geht uns darum, die verschiedenen Lebensentwürfe von Menschen im privaten Bereich zu respektieren und jede Form von Diskriminierung zu vermeiden.

So wichtig es ist, ungerechtfertigte Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu überwinden: Die Zukunft der Familie und damit die soziale Qualität der Gesellschaft entscheidet sich in anderen Zusammenhängen. Es ist die ganz „normale“ Familie, die sich durch die veränderten Lebensverläufe junger Menschen verändert hat. Die Formen der Familien sind vielfältiger geworden. Die einen leben nach wie vor gerne die Familie, wie wir sie seit Generationen kennen: Der Mann und Vater widmet sich dem Beruf, die Frau und Mutter widmet sich der Familie. Andere Frauen wollen ihre gute Ausbildung in einen Beruf einbringen, aber doch auch Kinder und Familie haben, und die Zahl der jungen Väter wächst, die mehr von ihren Kindern erleben wollen als ihre eigenen, aus beruflichen Gründen oft abwesenden Väter. So wird es immer normaler, dass sich beide Eltern mehr als früher um beides kümmern: um die ökonomische und um die emotionale Seite von Ehe und Familie. Deshalb unterstützen wir in der Perspektivengruppe alle Bemühungen von Wirtschaft und Politik, die Anreize dafür zu verstärken, dass auch Väter eine „Auszeit“ für Kinder und Familie nehmen („Väterkarenz“), ohne deshalb berufliche Nachteile in ihrer Karriere in Kauf nehmen zu müssen, so wie sich auch für Frauen keine durch die Karenzzeit bedingten beruflichen Nachteile ergeben sollen.

Familien ändern sich, wie sie sich in der Geschichte immer verändert – und doch ihren Kern bewahrt haben.

### Nachhaltige Familienpolitik: Zeit, Geld, Strukturen

Die Entscheidung für Kinder und für eine Familie ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Aber die Entscheidung für Kinder und Familie ist mehr als eine private Angelegenheit. Entscheidungen, die getroffen werden oder unterbleiben, sind von einem erheblichen öffentlichen Interesse. Es ist deshalb eine vorrangige Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sich ein Leben mit Familie und mehreren Kindern wieder leichter in den Lebensverlauf junger Frauen und Männer einfügen lässt, als es gegenwärtig der Fall ist. Dazu brauchen Familien Geld und Zeit, eine entsprechende Infrastruktur und nicht zuletzt eine

Politik muss die Rahmenbedingungen so verändern, dass sich ein Leben mit Familie und Kindern wieder leichter in den Lebensverlauf junger Frauen und Männer einfügen lässt.

soziale Kultur, welche die alltägliche Diskriminierung beendet: der einen als „Rabenmütter“, der anderen als „Nur-Hausfrauen-und-Mütter“. Jede und jeder hat das Recht, so zu leben wie sie oder er will. Jede und jeder soll aber auch die Wahl haben, so zu leben wie sie oder er will. Jede Entscheidung verdient unseren Respekt. Berufstätige Mütter vollbringen oft genug einen täglichen Drahtseilakt bei dem Versuch, alles unter einen Hut zu bringen. Hausfrauen sind für uns vielseitige Familien-Managerinnen, kümmern sich um die Kinder, sind sehr oft ehrenamtlich tätig, knüpfen die sozialen Netze in der Verwandtschaft und in der Nachbarschaft. Sie verdienen als wichtige Säulen unserer Gesellschaft unsere Anerkennung und Hochachtung. Es muss endlich ein Ende damit haben, dass beiden ein schlechtes Gewissen eingeredet wird. Wir wollen, dass die wechselseitigen Diskriminierungen, das gegenseitige Schlechtmachen der Vergangenheit angehören.

Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Kernbestandteil der Politik der ÖVP wird und dass die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Familien brauchen Geld. Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass die Familien nicht diskriminiert werden und nicht in die Armutsfalle tappen. Wir schlagen deshalb ein Familiensplitting vor, bei dem die steuerliche Belastung von Familien mit der Zahl der Kinder abnimmt.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Familien brauchen unterstützende Strukturen. Wir plädieren für ein System aus Tagesbetreuung – Kindergärten und Tagesmüttern –, das qualitativ hochwertig ist, quantitativ ausreichend und so flexibel angelegt wie der berufliche Alltag es erfordert. Wir wollen, dass alle beruflich engagierten Frauen und Männer Kinder haben und Familie leben können. Dazu braucht es leistbare Angebote und Strukturen, die auch die bedarfsgerechte Betreuung der unter 3-Jährigen einschließt und bessere Möglichkeiten, private Betreuungskosten steuerlich geltend zu machen. Die Qualität der Kindergärten und der Betreuung wollen wir durch eine Aufwertung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher und durch Zertifizierung verbessern. Die Wahlfreiheit wollen wir durch eine Umstellung von der Objekt- auf die Subjektförderung erhöhen. Dies gilt insbesondere für die unter 3-Jährigen: Die Eltern bekommen Gutscheine und können so die Form der Kinderbetreuung, z. B. Kindergarten oder Tagesmutter, frei wählen.

Familien brauchen Zeit. Dazu ist es notwendig, dass die Arbeitswelt mehr Rücksicht auf die Familien nimmt: durch familienfreundliche Arbeitszeiten; indem Betriebe den Wiedereinstieg erleichtern und zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern während der Elternzeit Kontakt halten. Wir wollen, dass die Arbeitswelt den Bedürfnissen der Familien angepasst wird und nicht umgekehrt. Wirtschaft und Unternehmen stehen hier in der Pflicht. Moderne Unternehmen haben freilich längst erkannt, dass sie hier auch eine große Chance haben, mit Gewinn Gutes zu tun. Familienfreundlichkeit rechnet sich. Dort, wo auf die Lebens- und Familienwelt Rücksicht genommen wird, wächst die Loyalität zum Betrieb, steigt die Motivation, sinken die Abwesenheiten. Für Städte und Gemeinden ist eine familienfreundliche Kommunalpolitik ein Standortvorteil. Für Betriebe bringt eine Zeit-, Personal- und Organisationspolitik, die ausdrücklich Aspekte der Work-Life-Balance mit einbezieht, einen Vorsprung im Wettbewerb um die besten Köpfe. Rücksicht auf Kinder und Familien ist nicht nur gut und richtig, sondern auch ökonomisch vernünftig. Mehr Verantwortung von Wirtschaft und Unternehmen ist – neben dem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten auch für die unter 3-Jährigen und der stärkeren steuerlichen Berücksichtigung der privaten Betreuungskosten – eine der drei Säulen der nachhaltigen Familienpolitik, wie wir sie vorschlagen.

Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Kernbestandteil der Politik der ÖVP wird.

Wir wollen, dass die Arbeitswelt den Bedürfnissen der Familien angepasst wird und nicht umgekehrt. Wirtschaft und Unternehmen stehen hier in der Pflicht.

## Mit den Augen der Kinder

Eine nachhaltige Familienpolitik denkt nicht nur an die Familien und an die Kinder, die heute leben, sondern auch an die Kinder und Enkel und an die Bedingungen, unter denen diese einmal Familien gründen und Kinder haben werden. Dazu ist es notwendig, die Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt stärker aus der Perspektive der Mütter und Väter und – in erster Linie – aus der Perspektive der Kinder zu betrachten. Vor allem die Kinder werden noch allzu häufig vergessen: bei der Stadtplanung, bei den Öffnungszeiten der Ämter, in Betrieben und Behörden.

Um eine kinderfreundliche Lebenswelt zu schaffen, sprechen wir uns – analog der Umweltverträglichkeitsprüfung – für eine Kinderverträglichkeitsprüfung aus.

Die Perspektivengruppe ermuntert deshalb Städte und Gemeinden bei der Stadt- und Regionalentwicklung sowie in der kommunalen Sozialpolitik, die Kinder in geeigneter Form rechtzeitig anzuhören, bevor über Maßnahmen und Strukturen entschieden wird, welche ihre Entfaltungsräume im wörtlichen und übertragenen Sinne bestimmen. Um eine kinderfreundliche Lebenswelt zu schaffen, sprechen wir uns – analog der Umweltverträglichkeitsprüfung – für eine Kinderverträglichkeitsprüfung im Gesetzgebungsprozess und bei der Stadt- und Regionalplanung aus. Dabei sind auch ungewöhnliche Ideen anzudenken: Warum sollte es etwa in Städten nicht möglich sein (alle kennen die Parkprobleme und das Ein- und Ausladen von Kinderwägen), dass Familien mit Kindern bis zu zwei Jahren mit dem Mutter-Kind-Pass eine Gratis-Parkmöglichkeit bekommen – unkonventionell aber praxisnah. Oder was gerade junge Eltern oftmals besonders belastet: die Gebühren für Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis oder das Eintragen des Kindes in den Reisepass. Wir schlagen vor, derartige Gebühren auf Null zu stellen. Wenn wir es mit unseren Kindern ernst meinen, dann muss es uns das wert sein.

Politik aus der Perspektive von Kindern zu betrachten führt aber nicht nur zu einer anderen Stadt- und Strukturpolitik. Kinder haben ihr Leben vor sich, und das sind bei der gegenwärtigen Lebenserwartung oft achtzig Jahre und mehr. Sie werden die Folgen erleben, die wir heute durch unser politisches Handeln oder Nichthandeln verursachen. In der Perspektive der Kinder wird Nachhaltigkeit ganz natürlich zu einem umfassenden Handlungsmaßstab, der sämtliche Bereiche der Politik durchdringen muss. Jedes politische Handeln der Gegenwart muss an seinen positiven und negativen Folgen für die kommenden Generationen gemessen werden. Wir, die Perspektivengruppe, wollen die Volkspartei dazu anhalten, bei allen ihren Entscheidungen die langfristigen ökologischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen transparent zu machen und in Rechnung zu stellen.

In diesem Zusammenhang darf die Politik den Ansatz nicht vernachlässigen, dass Heranwachsenden der Kinder auch aus den Augen und mit den Ängsten der Eltern zu sehen. Wir wissen, dass sich viele Eltern Sorgen machen, dass ihre Kinder zu leicht mit Drogen in Berührung kommen und von Kriminalität bedroht sind. Ein weiterer Anlass zur Sorge ist für viele Eltern auch die Frage, ob ihre Kinder den Berufseinstieg meistern oder vom sozialen Abstieg bedroht sind. Diese Sorgen müssen offensiv angesprochen werden. Lösungen durch Verharmlosungen gibt es nicht.

### Familiensolidarität über Generationen hinweg

Familien brauchen ein öffentliches Klima, das Eltern unterstützt und vor allem den Müttern Mut macht. Unabhängig davon, was sie tun, ob sie berufstätig sind oder ob sie sich zu Hause ihrer Familie widmen. Es muss zu denken geben, dass es dort, wo so genannte Hausfrauen ebenso respektiert werden wie berufstätige Mütter, wo also Wahlfreiheit und Vereinbarkeit kulturell wirklich selbstverständlich sind, mehr Kinder gibt, mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen und auch mehr wirtschaftliches Wachstum.

Eine nachhaltige Familienpolitik, wie sie uns vorschwebt, geht davon aus, dass Familien noch wichtiger geworden sind und dass mit dem stetigen Rückgang der Kinder ein wichtiger Eckpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf dem Spiel steht. Familienbeziehungen werden schon einfach deshalb wichtiger, weil sie – allein schon als Folge der höheren Lebenserwartung – länger dauern als je zuvor in der Geschichte. Vor hundert Jahren noch haben die Eltern oft

weniger als zwanzig gemeinsame Jahre mit ihrem jüngsten Kind gehabt. Künftig werden die Mütter im Durchschnitt 60 Jahre (und die Väter rund 50 Jahre) gemeinsame Lebenszeit mit ihrem ersten Kind verbringen: Familie ist mehr als die Kernfamilie in der relativ kurzen Phase, wenn die Kinder zu Hause sind. Der Wandel der Familie von der „unilokalen Kernfamilie“ zur „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“ (Hans Bertram) macht Solidarität zwischen den Familiengenerationen möglich, die früher schon deshalb nicht denkbar war, weil es nicht so viele Generationen gab. Familien werden wichtiger, weil auch die österreichische Wirtschaft nicht auf die weibliche Hälfte der Talente und Begabungen des Landes verzichten kann und es dann besonderer Anstrengungen bedarf, wenn Frauen nicht nur Beruf, sondern auch Familie und Kinder haben wollen. Und Familien werden wichtiger, weil es in einer Wissensgesellschaft darauf ankommt, dass Bildung von Anfang an die Potenziale der Kinder entfaltet. Der erste wichtige Ort dafür ist die Familie.

Aus all diesen Gründen sehen wir in der Kinder- und Familienpolitik nicht eine Unterabteilung der Sozialpolitik, sondern vielmehr neben der Erwerbsarbeit einen der beiden Brennpunkte, von denen aus sich eine moderne Gesellschaftspolitik neu konstituiert. In der Gesellschaft von morgen sind Investitionen in Kinder und Familien Zukunftsinvestitionen, ohne die das Scheitern des Sozialstaates, wie wir ihn kennen, vorprogrammiert wäre.

### **Jenseits der Rollenklischees: Frauen, Männer und die neue Partnerschaft**

Eine nachhaltige Familienpolitik ist nur möglich, wenn die Rollenklischees überwunden werden, also die gesellschaftlichen Zuschreibungen darüber, was „richtige“ Männer und „richtige“ Frauen von Natur aus tun und lassen sollten. Es handelt sich um kulturelle Prägungen, die sich nur langsam verändern. Aber die Richtung ist eindeutig. Mädchen und Frauen holen auf – und sie sind teilweise schon dabei, die Männer zu überholen – was Quantität und Qualität der Bildungs- und Hochschulabschlüsse betrifft. Es gibt keinen legitimen Grund, sie auf traditionelle Rollen oder Berufe festzulegen, so wie es auch keinen plausiblen Grund gibt, Männer von vornherein von der Familienarbeit freizusprechen. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern

Es gibt keinen legitimen Grund, Männer von vornherein von der Familienarbeit freizusprechen.

**Was früher galt:  
Vater, Mutter,  
Kind.**

**Was heute zählt:  
Kinder,  
Mütter, Väter.**

Wer es gut meint mit Kindern und Familien und der Zukunft des Landes, muss alte Rollenklischees verlassen.

und in den Familien werden sich ändern, wenn unter den Prämissen des Respekts, der Verantwortung und der Gleichheit über die Verteilung der Familienarbeit gesprochen werden muss. Die Beziehungen und die Familien werden aber dadurch nicht weniger noch schlechter, im Gegenteil: Vieles spricht dafür, dass sie in der heutigen Zeit nur im Zeichen einer neuen Partnerschaft eine gute Zukunft haben. Es hat sich herum gesprochen: Die alte „männliche Rüstung“ ist keine besonders geeignete Uniform, um dem Verständnis moderner Frauen gerecht zu werden. Die Bereitschaft der Frau, ein zweites Kind zu bekommen, hängt entscheidend davon ab, welche Verantwortung der Mann beim ersten Kind übernommen hat. Wer es gut meint mit Kindern und Familien und der Zukunft des Landes, muss alte Rollenklischees verlassen.

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik.

Für die Volkspartei sind Kinder und Familien viel zu wichtig und zu wertvoll, als dass wir nur die Familienbilder der Vergangenheit konservieren dürfen. Es gibt in Europa unterschiedliche Strategien der Familienpolitik im Allgemeinen und auch unterschiedliche Versuche, einerseits die Mehrkindfamilie besonders zu fördern und andererseits die alten Rollenklischees zu überwinden. Wir schlagen deshalb vor, eine groß angelegte Evaluierung in Auftrag zu geben, die vor dem europäischen Hintergrund die Familienpolitik in Österreich auf ihre Folgen und Wirkungen hin analysiert. Wir ermuntern außerdem Betriebe und Unternehmen, Zeichen zu setzen, indem sie deutlich machen, dass sowohl Mütter als auch Väter mit Karenz Karriere machen können. Und wir verpflichten uns, als Volkspartei mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik, und Frauenpolitik hat nach wie vor eine eigenständige Bedeutung. Auch wenn die Zeiten vorbei sind, in denen man den Frauendiskurs vor allem als einen Opferdiskurs führen konnte. Hier haben alte frauenpolitische Ansätze ebenso versagt wie sozialistisch dominierte Arbeitnehmerpolitik. Nach wie vor werden Frauen im Arbeitsleben benachteiligt, erhalten nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit, stoßen immer wieder an die „gläserne Decke“ und müssen zusehen, wie Männer ganz nach oben kommen, nur weil sie Männer sind.

Zur Erreichung von Einkommensgerechtigkeit sind Weichenstellungen bei der Berufsentscheidung bedeutend, daher kommt der Berufsberatung und der Überwindung von traditionellen Berufsbildern große Bedeutung zu. Spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen im Beruf sowie Einstiegshilfen nach der Karenz sind weitere wichtige Maßnahmen, um Nachteile aufzuholen. Mehr Angebote an qualifizierter Teilzeitarbeit sind ebenfalls unverzichtbar, um die Eigenständigkeit der Frauen über die Erwerbstätigkeit zu stärken.

Ziel unserer Politik ist es, für Frauen und Männer, Mädchen und Burschen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehören für uns gleiche Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen, die Frauen einbringen, sind von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Mitwirkung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu fördern.

### Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ist keine Grundlage für eine Familiengründung. Daher wird sie wie in anderen Staaten in einem eigenen Gesetz geregelt.

Es ist eine Tatsache, dass Menschen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft miteinander leben und das Bedürfnis haben, dass für ihre Lebenssituation Rechtssicherheit geschaffen wird, weil sie füreinander Verantwortung übernehmen wollen. Wir schlagen daher ein Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare vor, ähnlich dem Modell, wie es auch von der Christlich-demokratischen Volkspartei in der Schweiz umgesetzt wurde. Mit dem Partnerschaftsgesetz soll ein neues Rechtsinstitut geschaffen werden, das der Beziehung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen rechtlich gesicherten Rahmen gibt mit einer klaren Abgrenzung zur zivilen Ehe und ohne Adoptionsrecht. Wir sehen diesen Weg als vernünftigen Weg, der zwischen einer rein vertraglichen Lösung auf der einen Seite und der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare auf der anderen Seite liegt. Die eingetragene Partnerschaft unterscheidet sich in wesentlichen

Punkten von der Ehe. Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ist keine Grundlage für eine Familiengründung, daher wird sie nach dem Vorbild vieler anderer Staaten in einem eigenen Gesetz geregelt. Die Adoption sowie fortpflanzungsmedizinische Verfahren sind ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um die Interessen der Partnerinnen und Partner, sondern *vor allem* auch um die Interessen Dritter, nämlich von Kindern, geht. Zwei Personen gleichen Geschlechts können ihre Partnerschaft beim Standesamt eintragen lassen. Mit der Eintragung verpflichten sich die Partnerinnen und Partner zur gemeinsamen Lebensführung und zum gegenseitigen Unterhalt. In wichtigen Bereichen wie z.B. dem Erbrecht oder dem Sozialversicherungsrecht haben gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte und Pflichten wie Ehepaare. Das Partnerschaftsgesetz in dieser Form beseitigt Diskriminierung, schützt die Ehe und denkt an die Kinder.

Das Partnerschaftsgesetz in dieser Form beseitigt Diskriminierung, schützt die Ehe und denkt an die Kinder.

## Bekenntnis zum Leben

Mit dem Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 haben wir ein klares Bekenntnis zum Schutz des Lebens – auch des ungeborenen – abgelegt. Gleichzeitig haben wir uns seinerzeit darauf verständigt, in der strafrechtlichen Verfolgung betroffener Frauen keine Lösung zu sehen. Damit haben wir die Fristenregelung grundsätzlich außer Streit gestellt und daran wird auch heute nicht gerüttelt. Aber weil uns der Schutz des Lebens am Herzen liegt, nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, kritische Aspekte der gängigen Abtreibungspraxis zu hinterfragen sowie das Fehlen ausreichender Begleitmaßnahmen offen anzusprechen.

Es kann nicht darum gehen, betroffenen Frauen strafrechtliche Konsequenzen anzudrohen: Frauen in Notlagen (und die dazu gehörenden Männer) brauchen Hilfen und keine Drohungen. Ziel einer lebensbejahenden Politik muss es sein, positive Alternativen zur Abtreibung zu stärken. In einer reichen Gesellschaft, die Ja sagt zum Leben, darf ein Kind weder Armutrisiko noch berufliche Ausgrenzung bedeuten. Wir jedenfalls wollen und können uns nicht damit abfinden, dass es in Österreich derzeit fast so viele Abtreibungen wie Geburten gibt (75.000 Geburten pro Jahr stehen geschätzten 40.000 bis 60.000 Abtreibungen gegenüber). Es müssen Hilfen erreichbar und leistbar sein und es muss ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem sich die Frage von Schwangerschaftsabbrüchen immer weniger stellt. Die Fristenregelung darf kein Entlassungsschein für die österreichische Familien- und Sozialpolitik sein.

Ziel einer lebensbejahenden Politik muss es sein, positive Alternativen zur Abtreibung zu stärken.

Bereits mit dem Beschluss der Fristenregelung 1972 wurden „flankierende Maßnahmen“ als erforderlich erkannt. Diese Forderung hat nichts von ihrer Dringlichkeit verloren.

Es geht um:

- anonyme statistische Erhebungen und Motivforschungen, die maßgeschneiderte Hilfsangebote möglich machen;
- ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot lebensbejahender Schwangerschaftsberatung und -betreuung;
- verbesserte Rahmenbedingungen für die Adoption;
- adäquate psychologische Nachbetreuung für betroffene Frauen und Männer, die unter den psychischen Folgen des Schwangerschaftsabbruchs leiden;
- Trennung von beratendem und abtreibendem Arzt;
- verpflichtende Bedenkzeit zwischen Beratung und Durchführung;
- detaillierte und wissenschaftlich fundierte Aufklärung bereits in den Schulen betreffend Sexualpraktiken, Verhütungsmöglichkeiten, Schwangerschaft und Reproduktion.

Es ist notwendig, in Österreich ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Netz an Ärztinnen und Ärzten und auf dem Gebiet der psychosozialen Beratung besonders qualifizierte Beraterinnen und Berater zur Unterstützung von schwangeren Frauen in Notlagen aufzubauen und anzubieten. Sollte sich dabei zeigen, dass es weiterer Hilfen bedarf, so müssen sie zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Einführung der Sterbekarenz und einer konsequenten Positionierung auf europäischer Ebene hinsichtlich der Stammzellenforschung haben wir in den letzten Jahren wichtige Impulse für den Lebensschutz gegeben. Eine umfassende Politik zum Schutz des Lebens erfordert jedoch mehr. Im Sinne einer notwendigen Wertebesinnung unserer Partei ist der Schutz des Lebens – von seinem Anfang bis zum natürlichen Tod – offensiver als bisher klar anzusprechen. Der Zeitpunkt des Beginns menschlichen Lebens wird weltweit sowohl biologisch als auch juristisch, philosophisch und theologisch (durch die verschiedenen Weltreligionen) unterschiedlich definiert. Ein Klima der Diskriminierung oder Bevormundung von Menschen mit verschiedenen Anschauungen zu dieser Thematik muss in Österreich klar vermieden werden. Die Volkspartei soll aber eindeutig als jene Partei wahrgenommen werden, die positiv für das Leben steht und dabei auch kontroverse Diskussionen nicht scheut.

Aus Sicht einer christlich-demokratischen Partei ist von der Forschung die Achtung vor der Würde des Menschen einzufordern.

Fragen der Bioethik haben eine neue Relevanz erhalten, nicht zuletzt angesichts aktueller Entwicklungen wie z.B. der in Großbritannien erteilten Genehmigung zur Erzeugung von Mensch-Tier-Klonen. Aus Sicht einer christlich-demokratischen Partei ist von der Forschung die Achtung vor der Würde des Menschen jedenfalls zu erwarten.

Wir treten daher für ein Embryonenschutzgesetz ein, das unter anderem die Frage der Beforschung embryonaler Stammzellen in Österreich auf Basis eines breiten öffentlichen Diskurses konsistent und ethisch fundiert regelt. Grundsätzlich soll der Forschung an adulten; ethisch unumstrittenen Stammzellen gegenüber der embryonalen Stammzellenforschung konsequent der Vorzug gegeben werden, so lange wissenschaftlich für die jeweiligen Forschungs- und Therapieansätze adulte Stammzellen als optimale Lösung anzusehen sind. Um diesem Ansinnen Nachdruck zu verleihen, schlägt die Perspektivengruppe ein spezielles österreichisches Forschungsförderungsprogramm im Bereich adulter Stammzellenforschung vor. Fremdnützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen lehnen wir ab.

Das Leben des Menschen ist von seinem Anfang bis zu seinem Ende unverfügbar. Der Schutz des Lebens gilt bis ins hohe Alter. Wir lehnen die Tötung eines Patienten durch den Arzt ebenso unmissverständlich ab wie die Legalisierung der Beihilfe zum Selbstmord. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen verbietet eine aktive Sterbehilfe.

Der Mensch hat ein Recht auf einen würdigen Tod. Sterbebegleitung bedeutet für uns in erster Linie Lebensbegleitung bis zum Tod.

Im Einzelnen bedeutet das für uns ein klares Nein zur Euthanasie; eine gezielte Förderung von Hospizdiensten, mehr Investitionen in die Palliativmedizin sowie klare und starke Patientenrechte. Menschen sollen an der Hand eines Menschen sterben – aber nicht durch die Hand eines Menschen.

Menschen sollen an der Hand eines Menschen sterben. Aber nicht durch die Hand eines Menschen.

Weil es das ethische und moralische Fundament unserer Gesellschaft in seinem Innersten berührt, müssen wir schließlich auch den Mut haben, eines der heikelsten politischen Themen offen anzusprechen: die Frage der eugenischen Indikation. Von Behindertenverbänden und Elterninitiativen in den vergangenen Jahren vielfach kritisch angesprochen, liegt der gegenwärtigen Regelung auch unserer Ansicht nach eine problematische negative Wertung behinderten Lebens zugrunde. Gerade im Licht der österreichischen Geschichte bedarf es einer erneuten Diskussion mit dem Ziel, jede Form der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen.

## Kindheit und Familie neu denken

Die Grundlagen für ein Leben werden in der Kindheit und in der Familie gelegt. Die Perspektivengruppe der Volkspartei ist überzeugt davon, dass es um einer guten Zukunft willen – für die Menschen und für das ganze Land – notwendig ist, über Kindheit, Familie und Erziehung neu nachzudenken und entsprechend zu handeln.

### Auf die Kinder kommt es an

Kinder sind Leben, und sie sind ein Gewinn. Sie bereichern das Leben der Eltern und sie bereichern die Gesellschaft. „Kinder hat man zu haben“, so hat Thomas Mann eine Normalität beschrieben, die heute nicht mehr so selbstverständlich ist. Und so kommt es, dass man auch eine andere Wahrheit neu entdeckt: Kinder sind die Zukunft eines Landes. Es ist schwer vorstellbar, dass ein Land auf Dauer eine gute Zukunft hat, seinen Wohlstand und seine soziale Sicherheit behaupten kann, wenn jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Investitionen in Kinder sind die besten Zukunftsinvestitionen, die ein Land tätigen kann. Kinder sichern unsere Zukunft.

Die allermeisten jungen Menschen wünschen sich, wenn sie an eine glückliche Zukunft denken, eine verlässliche Partnerschaft, eine Familie mit Kindern und eine gute Arbeit. Und dennoch bleiben diese Lebensentwürfe und Kinderwünsche allzu oft unerfüllt, nicht weil die jungen Frauen und Männer egoistisch nur an sich selbst denken, sondern weil die Verhältnisse so sind wie sie sind. Wir wollen, dass die Träume junger Menschen in Erfüllung gehen können. Wir wollen, dass es wieder mehr Familien gibt in Österreich – und dass es wieder mehr Kinder in den Familien gibt. Wir wollen deshalb ein steuerliches Familiensplitting einführen, damit ab dem ersten Kind mehr bleibt und weiters die Mehrkindfamilie (ab dem zweiten Kind) in besonderer Weise fördern. Das Familiensplitting soll die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgleichen. Familie ist dort, wo Kinder sind. Das Familiensplitting soll daher selbstverständlich auch Alleinerziehenden mit Kindern zugute kommen. Familiensplitting heißt, dass die Anzahl der Kinder mit einer bestimmten Gewichtung in die Berechnung der Einkommenssteuer einbezogen wird. Das bedeutet eine steuerliche und damit eine finanzielle Besserstellung für Familien. Zu diskutieren ist, mit welchem Teilungsfaktor gearbeitet wird. Die Gewichtung kann zu gleichen Teilen erfolgen oder Eltern und Kinder mit unterschiedlichen Faktoren berücksichtigen. Und wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

Jedes Kind hat ein Recht auf die optimale Förderung seiner „kleinen“ Persönlichkeit. Bildung von Anfang an ist deshalb das Gebot der Stunde: Sie entscheidet über die Zukunft jedes Einzelnen wie des ganzen Landes. Nie wieder lernen Menschen so leicht, so spielerisch und so selbstverständlich wie in den frühen Jahren. Natürlich sind und bleiben Familien ganz und gar wichtig für die Entwicklung eines Kindes. Aber auch die beste Familie kann einem Kind nicht alles mitgeben, was es für ein erfolgreiches Leben braucht. Deshalb plädieren wir für eine frühkindliche Förderung für alle Kinder mit einem ganzheitlichen Bildungs- und Entwicklungskonzept.

Kinder brauchen Kinder. Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Die natürlichen Orte, wo Kinder mit anderen Kindern spielen und toben, streiten und sich wieder vertragen konnten, auf Straßen und Spielplätzen, sind vielfach den modernen Entwicklungen zum Opfer gefallen. Kinder aus Problemfamilien erleben oft erst im Kindergarten eine anregende soziale Umgebung, erfahren erst dort Respekt und soziale Anerkennung. Betreuung ist deshalb stets mehr als nur „Betreuung“. Der Kindergarten ist ein ganz wesentlicher Ort, wo Kinder die Welt erfahren und wo sie sozial lernen. Es ist oft der erste Ort, wo eine etwaige soziale Benachteiligung durch das Elternhaus ausgeglichen werden kann: So wichtig das Zuhause auch ist,

Wir wollen ein steuerliches Familiensplitting einführen, damit ab dem ersten Kind mehr bleibt und die Mehrkindfamilie (ab dem zweiten Kind) in besonderer Weise fördern.

Familie ist dort, wo Kinder sind. Das Familiensplitting soll daher selbstverständlich auch Alleinerziehenden mit Kindern zugute kommen.

Wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

So wichtig das  
Zuhause auch ist,  
das soziale Schicksal  
eines Kindes kann  
nicht allein von der  
familiären Umgebung  
abhängen.

das soziale Schicksal eines Kindes kann nicht allein von der familiären Umgebung abhängen. Und schließlich wollen wir die Kindergärten mehr denn je zu Lerngärten entwickeln, in denen die Kinder gerne sind und spielerisch lernen und die Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Unsere politische Leidenschaft für Kinder wächst aus der Überzeugung: Was in frühen Jahren versäumt wurde, lässt sich später nicht mehr aufholen, nicht für die Kinder und nicht für das ganze Land.

Kinder haben heute ein langes, ein so langes Leben vor sich wie noch niemals zuvor. Es ist die erste Kindheitsgeneration, von denen viele, vielleicht sogar die Hälfte, hundert Jahre und mehr alt werden dürften. Es ist eine andere Kindheit, die wir erleben – und in der bereits vieles für das weitere Leben angelegt ist. So beginnt Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft nicht mit 60, 70 oder 80 Jahren, sondern im Kindergarten: mit dem Lernen der richtigen Ernährung und dem Ausüben von Sport und Bewegung. Man wird im Alter einmal so leben, wie man ein Leben lang gelebt hat. Das gilt nicht nur für die Gesundheit. Viel wird im späteren Arbeitsleben davon abhängen, dass schon die Kleinen gelernt haben, Erfolg haben zu wollen, aber auch verlieren zu können und nach Niederlagen wieder aufzustehen. Das Leben in einer bunten Gesellschaft wird nur dann zivil und produktiv ablaufen, wenn schon die Kinder gelernt haben, mit Anderen und Verschiedenen kooperativ und respektvoll umzugehen.

Für eine – im doppelten Sinne – „gesunde“ Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch im ganzen späteren Leben kommt es auf das Training von geistiger und körperlicher Fitness an, auf individuelle wie soziale Kompetenzen, auf die Einzelnen wie auf die Gemeinschaften, in die sie sich einbringen und von denen sie gefordert und gehalten werden. In diesem Zusammenhang kommt dem Sport und den Sportvereinen eine herausragende Bedeutung zu. In Sportvereinen lernen junge Menschen Werte und soziales Verhalten, die auch sonst in Alltag und Beruf wichtig sind: Respekt und Toleranz, Fairplay und Teamgeist, Sinn für Chancengleichheit und die Identifikation mit Leistungszielen, das Einhalten von Regeln und Phantasie im Spiel.

Wir wollen bereits bei Kindern und Jugendlichen die Voraussetzungen für den Breitensport verbessern. Wir tun das in der Erwartung, dass der organisierte Sport seine wachsende gesellschaftliche Aufgabe erkennt und zum Wohle aller wahrnimmt. Wir denken dabei etwa an die Gesundheitsförderung schon im Kindergarten, an den Beitrag der Sportvereine zur Integration, an passende Angebote zum Mitmachen und zum Engagement für die ältere Generation, an den Sport als Teil einer Infrastruktur für die Familien und als Partner der Schulen. Der Sport, seine Vereine und die Jugendorganisationen wie z. B. Jungchar und Pfadfinder sind Orte des sozialen Miteinanders. Sie geben ganz unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Generationen eine soziale Heimat. Wir wollen diese Vereine und Organisationen als Keimzellen einer ebenso leistungsorientierten wie rücksichtsvollen Gesellschaft.

### **Spielerisch lernen: Der Kindergarten auch als Lerngarten**

Wir sehen im  
Kindergarten auch  
einen Lerngarten  
ohne finanzielle  
Barrieren. Sein Ziel  
ist die optimale  
spielerische Vor-  
bereitung auf den  
weiteren Lebensweg.

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern wird der Kindergarten in Österreich nicht als integraler Bestandteil des Bildungssystems gesehen. Nach unserer Ansicht ist ein Perspektivenwechsel überfällig. Wir sehen im Kindergarten auch einen *Lerngarten* ohne finanzielle Barrieren. Sein Ziel ist die optimale spielerische Vorbereitung auf den weiteren Lebensweg. Der Kindergarten (in Kooperation mit der Volksschule) ist der richtige Ort für sprachliche, motorische, soziale, soziokulturelle und kreative Frühförderung der Kinder. Durch gezielte Frühförderung können nachteilige Entwicklungsverläufe schneller kompensiert und die soziale und intellektuelle Entwicklung besser gefördert werden. Dieser frühzeitige Kompetenzaufbau durch Lernen in Spiel und Interaktion führt zu mehr Chancengerechtigkeit im späteren Leben.

Wir plädieren deshalb für:

- einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten (Tagesmutter, Krippe) auch für die unter 3-Jährigen;
- ein flächendeckendes Kindergartenangebot für alle 3 bis 6-Jährigen ohne finanzielle Barrieren;
- einen österreichweit kostenlosen Kindergarten ab dem 4. Lebensjahr in der Vormittagsbetreuung und für eine soziale Kostenstaffelung bei der Nachmittagsbetreuung;
- ein zur Erreichung der ganzheitlichen Entwicklungsziele nach Bedarf und regional differenziertes verpflichtendes letztes Kindergartenjahr;
- eine bundeseinheitliche Festlegung hoher Qualitätsstandards in Hinblick auf Bildung, Ausstattung und Gruppengröße in allen Kindergärten;
- einen bundeseinheitlichen Bildungsplan für Kindergärten, damit alle Kinder bei Eintritt in die Schule unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft gleiche Chancen haben (Bildungsplan als österreichisches Bundesrahmengesetz);
- eine umfassende Frühförderung (z. B. Sprachfrühförderung, Sensomotorik, Kreativität und Sozialverhalten) durch geschultes Personal (Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern der Volksschule);
- eine umfassende Beratung für die Eltern (im Mutter-Kind-Pass) und an allen Nahtstellen des Bildungssystems;
- ein verstärktes Einbeziehen der Eltern bei der Spracherwerbsförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund;
- Profilentwicklung für Kleinkindpädagoginnen sowie Ausbildung des Fachpersonals auch auf „universitärer“ Ebene;
- die Einrichtung universitärer Forschungsschwerpunkte im Bereich der Frühförderung;
- Kindergärten als erste Anlaufstelle für Familien, um verstärkte Kooperationen in der Erziehungsarbeit zwischen Eltern und Kindergärten zu ermöglichen;
- zunehmende Vorbereitung der Kinder auf den Schulalltag durch gemeinsame Schnuppertage in der Volksschule.

**Der Kindergartenplatz soll ab dem 4. Lebensjahr kostenlos sein.**

Es ist an der Zeit, Kindheit neu zu denken. Die Perspektivengruppe sieht in einer neu zu entwickelnden Kinderpolitik, wie sie hier skizziert wird, eine der zentralen Zukunftsaufgaben.

## Bildung – Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

Bildung und Wissen sind zum wichtigsten Rohstoff geworden. Das historisch Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass die Zukunft weniger denn je als bloße Fortschreibung der Vergangenheit gedacht werden kann. Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Nie war dieser Satz so richtig wie heute. Nur dass man in der Schule, in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was man im Leben braucht. Offenkundig wird heute vom Bildungssystem erwartet, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern darüber hinaus – vor allem in den Problembezirken der Städte – auch grundlegende erzieherische und kulturell integrative Arbeit zu leisten; soziale Kompetenzen zu vermitteln, wie sie eigentlich von Elternhaus, Familie und Nachbarschaft zu erwarten sind. Die Auswirkungen dieser Veränderungen für das Bildungswesen sind auch in Österreich erst in Ansätzen ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Die Perspektiven-Gruppe sieht in einem erneuerten, zukunftsorientierten Bildungswesen die Schlüsselfrage dafür, was jemand aus seinem Leben machen kann, den Schlüssel auch für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht.

Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei.

Man darf Eltern nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wo die Gesellschaft helfen kann, soll sie das jedoch tun. Wir können unsere Lösungsstrategien nicht über eine Strukturdebatte diskutieren, sondern müssen im Rahmen einer Substanzdebatte von den spezifischen Problemen der Betroffenen ausgehen. Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei. Wir wollen Bildungspolitik von den Kindern und ihren Bedürfnissen her entwickeln.

### Was Kinder und Jugendliche brauchen

Was müssen Kinder und Jugendliche heute lernen, um ein erfolgreiches Leben zu leben? Das – und nicht die Frage nach der Schulstruktur – ist die entscheidende Zukunftsfrage für unser Bildungswesen. Kinder wachsen in eine offene Zukunft hinein. Ihr Leben ist weniger festgelegt und vorherbestimmt als das früherer Generationen, und das Management des eigenen Lebens erfordert ganz eigene Fähigkeiten und zusätzliche Kompetenzen. Die Kinder von heute sind die erste Generation, die mehrheitlich in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was sie einmal als Erwachsene brauchen werden. Sie müssen deshalb wie bisher in der Schule *Kenntnisse* in den elementaren kulturellen Fähigkeiten erwerben, sie müssen aber auch anders als früher das *Lernen lernen*. Sie müssen wie bisher in der Schule Wissen erwerben, aber auch *soziale Tugenden* trainieren und *Daseinskompetenzen* einüben, ohne die ein erfolgreiches Leben nicht denkbar ist. Damit sind die Fähigkeiten gemeint, mit anderen zu kooperieren, im Team zu arbeiten, sich über den gemeinsamen Erfolg zu freuen, individuelle Anstrengungen und Zusammenarbeit nicht als Gegensatz sondern als *Ergänzung* zu betrachten. „Daseinskompetenz“ meint die Fähigkeiten, Zeit und Ressourcen wie z. B. Geld einzuteilen, sich Ziele zu setzen, diese über die Zeit durchzuhalten, zu erfahren, dass man durch eigene Anstrengungen etwas erreichen, selbst etwas bewirken kann, kurzum: das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Leistung hat einen persönlichen und einen sozialen Sinn. Wer Leistung verweigert, handelt unsozial.

So werden die alten und oft geschmähten Tugenden wie Fleiß, Lern- und Leistungsbereitschaft, Ehrlichkeit, Ordnung, Zuverlässigkeit, Gründlichkeit, Pünktlichkeit, Selbstdisziplin in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Sie sind notwendig, aber nicht ausreichend. In einer komplexen und unübersichtlichen Welt wird es überdies darauf ankommen, auch in kritischen Situationen zu bestehen und das erworbene Wissen auf kreative Weise zu verknüpfen. Dies verlangt Flexibilität im Denken, Problemlösungskapazität, Kommunikationsfähigkeit, Teambewusstsein, Konfliktlösungskompetenz ebenso wie Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Beides gelingt erfahrungsgemäß jenen Menschen leichter, die keine eindimensionale, sondern eine reiche und vielfältige Persönlichkeit entwickelt haben. Bildung heißt auch, Menschen auf eine Welt vorzubereiten, in der ihnen ständig neue Herausforderungen begegnen werden, und

ihnen die Zuversicht zu geben, diese bewältigen zu können. So betrachtet, sind sportliche und musische, religiöse und spirituelle Bildung kein Luxus, sondern eine ganz praktische Voraussetzung für ein gutes, rundum gelungenes und erfolgreiches Leben.

Veränderte Lebensverläufe verlangen nach einem bunteren Strauß von Kompetenzen. Dazu gehört in einer globalen Welt nicht zuletzt die Fähigkeit, sich mit anderen und auch mit Fremden kulturell zu verständigen. Wir halten es deshalb für notwendig, dass jede Schülerin und jeder Schüler Sprachkompetenz erwirbt, d. h. neben der Muttersprache mindestens eine weitere Sprache lernt. Studentinnen und Studenten sollten unbedingt ein Semester im Ausland studieren. Bildungsgerechtigkeit, wie wir sie in der Perspektivengruppe verstehen, erfordert mehr als eine Art „Grundversorgung“ in Sachen Bildung. Wir wollen nicht, dass es von der Brieftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann. In einer globalen Welt sollte der Horizont junger Menschen nicht an den nationalen Grenzen halt machen. Sie müssen heute mehr und anders und Anderes lernen als früher.

Wir wollen nicht, dass es von der Brieftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann.

Bildung ist die Schlüsselfrage für jeden Einzelnen. Wie das *persönliche Leben* verläuft, hängt ganz wesentlich davon ab, was jemand gelernt hat und im Laufe seines Lebens immer wieder lernt. *Bildung ist die soziale Frage* des 21. Jahrhunderts. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe können nicht mehr allein über nachträgliche Umverteilung sichergestellt werden. Sie entscheiden sich vielmehr über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch das Bildungssystem entschieden. Chancengleichheit muss im Bildungssystem gesichert werden, mehr noch: Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass die formal gleichen Zugangsrechte auch tatsächlich allen offen stehen, aus welchen Schichten und mit welchem Hintergrund sie auch immer kommen mögen. Schließlich ist *Bildung auch die ökonomische Frage* des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale brach liegen lässt, fällt morgen wirtschaftlich und sozial zurück.

Das österreichische Bildungssystem hat in der Vergangenheit seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Jetzt steht es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen vor neuen Herausforderungen. Das Bildungssystem von morgen muss die individuellen Begabungen und die

Woran sich  
Schulen zu  
messen haben:  
Eignung.  
Neigung.  
Leistung.

Kein Abschluss  
ohne Anschluss.

Leistungsfähigkeit des Einzelnen frühzeitig erkennen und noch gezielter fordern und fördern. Das Bildungssystem von morgen stellt sicher, dass keines unserer Kinder am Bildungsweg verloren geht. Es bereitet auf lebensbegleitendes Lernen, auf das spätere Leben sowie auf eine dynamische, sich verändernde Lebens- und Arbeitswelt vor. Es zeichnet sich aus durch Leistungsorientierung, Qualität und soziale Offenheit sowie durch ein vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Bildungsangebot nach der Maxime: kein Abschluss ohne Anschluss. Kein Abschluss darf in eine Sackgasse führen. Wir wollen eine differenzierte Vielfalt und eine flexible Differenzierung im Bildungswesen. Wir wollen mehr Wahlfreiheit der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, ihre Schule selbst zu wählen und mitzugestalten. Eine Einheitsschule, in welcher Form auch immer, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Brücken bauen und Übergänge erleichtern: zwischen Kindergarten und Volksschule, zwischen schulischer Bildung und beruflicher Bildung und zwischen Beruf und Fachhochschule oder Universität. Wir wollen, dass eine Meisterprüfung ebenso wie die Matura zum Studium an einer Hochschule berechtigt. Allfällige spezielle Qualifikationen für einzelne Studien sind studienbegleitend zu erwerben.

### Ein neues Leitbild für die Schule: Kompetenz, Individualisierung und Autonomie

Es sind drei durchgängige Prinzipien, die nach unserem Verständnis den nationalen Bildungsrahmen prägen:

Eine Einheitsschule,  
in welcher Form  
auch immer,  
lehnen wir ab.

- *Kompetenz* als mehrdimensionaler Bildungsbegriff aus Wissen, Können und Haltungen und als Grundlage für eine transparente und faire Leistungsbeurteilung;
- *Individualisierung* als Focus aller Bildungsbemühungen, die Begabung und Interessen, die Neigungen und Lerngeschwindigkeit individuell frühzeitig zu erkennen und zu fördern;
- *Autonomie*, was bedeutet, dass zwar das Ziel und die Ergebnisse national vorgegeben und gesteuert, formuliert und evaluiert werden, der Weg zur Zielerreichung aber der Schule überlassen bleibt. In der Verantwortungsschule müssen Schulgemeinschaften, d. h. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, gemeinsam mehr Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Wir bekennen uns zur staatlichen Verantwortung für die Schulen. Kern unseres Schulwesens ist ein voll leistungsfähiges, kostenfreies öffentliches Schulwesen. Aber deshalb müssen Schulen nicht wie staatliche Anstalten betrieben werden. Wir bekennen uns auch zu den Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Diese sollen insbesondere bei der personellen Ressourcenzuteilung den öffentlichen Schulen gleichgestellt sein. Wir wollen, dass die Schulen – nach dem Prinzip der Subsidiarität – möglichst viel Autonomie und Freiheit erhalten. Autonomie bedeutet nicht einfach den Rückzug des Staates, sondern eine Neubestimmung seiner Aufgaben. Der Staat setzt die Bildungsziele und garantiert mit Erfolgskontrollen die Qualität. Den Weg zum Ziel überlässt er den Schulen. Die Steuerung der Schulen geschieht über Bildungsstandards und Zielvorgaben einerseits und eine regelmäßige Evaluierung durch externe Instanzen andererseits, die öffentlich bekannt gemacht wird. Mehr Freiheit führt zu mehr Verantwortung bei dem Schulmanagement wie bei den Lehrerinnen und Lehrern und zu mehr Engagement bei den Eltern wie bei den Schülerinnen und Schülern. Die selbstständige ist auch eine verantwortliche Schule, die nach ihren Erfolgen oder Misserfolgen öffentlich beurteilt – und besucht wird. Der Staat zahlt und lenkt. Eltern wählen und übernehmen Erziehungsverantwortung. Schulen wetteifern miteinander und erhalten transparent die notwendigen Ressourcen. Das Niveau steigt. Alle haben etwas davon.

### Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler – und die Qualität der Schule

Mehr Autonomie für die Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für ihren Erfolg. Internationale Vergleiche zeigen, dass Fragen der Schulform nicht die entscheidende Rolle spielen. Viel wichtiger ist es, ob Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler die Schule als ihre eigene, gemeinsame Angelegenheit begreifen und sich entsprechend engagieren. Es gibt Länder und Schulen, da herrscht so etwas wie ein System der organisierten Verantwortungs-

losigkeit: Jeder schiebt die Verantwortung auf den anderen, die Lehrerinnen und Lehrer auf die Eltern und Familien, die Eltern auf die Lehrerinnen und Lehrer und beide auf die Kinder oder auf das Fernsehen. Und es gibt Länder und Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer zusammenarbeiten, die Schule als ein gemeinsames Projekt begreifen und wo alle durch ein gemeinsames Ziel verbunden sind: Sie wollen eine gute Schule machen, getreu dem Motto: Es gibt keine schlechten Schülerinnen und Schüler, es gibt nur schlechte Schulen. Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Regie und Verantwortung als gemeinsames Werk gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art, die offen in die lokale Gesellschaft hinein ist und Handwerkerinnen und Handwerker, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Kultur einlädt, die Schule und den Unterricht zu bereichern.

Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Verantwortung gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art.

*Lehrerinnen und Lehrer* verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden. Aufgabe und Status der Lehrerinnen und Lehrer rechtfertigen in jedem Falle eine Professionalisierung durch eine akademische Ausbildung, erfordern eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis und schließen das Recht und die Pflicht zu einer jährlichen Fort- und Weiterbildung ein. Wir wollen, dass Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der Gestaltung des Unterrichts mehr Spielraum haben. Sie sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können und dort, wo es geboten ist, durch eigene Kräfte der Schulsozialarbeit unterstützt werden. Die Neugestaltung und Aufwertung der pädagogischen Akademien zu pädagogischen Hochschulen ist ein wichtiger Schritt, um die Neuorientierung der Schulen zu bewältigen. Transparente und synchronisierte Ausbildungsstandards sind weitere Ziele für die Schule von morgen.

Lehrerinnen und Lehrer verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden.

*Schülerinnen und Schüler* haben Rechte und Pflichten. Sie haben Anspruch darauf, optimal gefördert zu werden. Mehr als bisher ist darauf zu achten, dass besondere Begabungen erkannt und in besonderer Weise gefördert werden. Wir sehen keinen Gegensatz der Hochbegabtenförderung zu besonderen Hilfen für Benachteiligte. Gute Schulen zeichnen sich durch ein soziales Miteinander aus. Starke Schülerinnen und Schüler helfen den Schwächeren und entwickeln so auch ihre eigene Persönlichkeit. Schülerinnen und Schüler haben Verantwortung füreinander, für den Geist der Schule und nicht zuletzt für die alltägliche Ordnung. Regeln und Schulordnung müssen plausibel sein, mit den Schülerinnen und Schülern erörtert, dann aber auch konsequent durchgesetzt werden.

*Eltern* sind Partner der Schule und mitverantwortlich für deren Erfolg. Sie sollen stärker als bisher einbezogen werden. Die Schule muss in die Lage versetzt werden, zusätzliche Angebote bereit zu stellen, von der Ganztagsbetreuung über die Berufsberatung der Schülerinnen und Schüler bis hin zur Erziehungs- und Bildungsberatung der Eltern.

## **Grundlagen verlässlich legen: Volksschule**

Volksschulen sollen in Zukunft darauf aufbauen können, dass alle Kinder bei Schuleintritt über eine durch Bildungsstandards gesicherte Schulreife verfügen. Die Volksschule von morgen baut auf der Frühförderung in den Kindergärten auf. Diese soll mangelnder Schulreife bei Eintritt der Schulpflicht vorbeugen.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen ausreichende Deutschkenntnisse sein.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen deshalb ausreichende Deutschkenntnisse sein und die Fähigkeit, dem Unterricht folgen zu können. Am Ende der Volksschule muss jedes Kind lesen, schreiben, rechnen und reden können.

Wir wollen ein Upgrade der Volksschule zu einer integrativen Grundlagenschule und setzen uns deshalb ein für:

- bundesweit einheitliche Vorverlegung der Schuleinschreibung um ein Jahr, damit mangelnde Schulreife frühzeitig erkannt und behoben werden kann. Im letzten Jahr vor Schuleintritt

können individuelle Förderprogramme angeboten werden, um die Kinder auf die Volksschule vorzubereiten;

- bundesweite Definition von Mindeststandards für den Schuleintritt (Unterrichtssprache, Sensomotorik, Kreativität und Sozialkompetenz). Werden die Mindeststandards bei bereits schulpflichtigen Kindern nicht erreicht, ist eine verpflichtende Vorschulklasse vor Eintritt in die 1. Klasse Volksschule vorzusehen. Dies gilt insbesondere für die sprachliche Reife;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen. Betreute Übergangsphasen und Übergangsklassen sollen künftig die kulturelle, sprachliche und lehrplanbezogene Integration fördern;
- der überwiegende Teil der Unterrichtszeit soll wie bisher in einer gemeinsamen Klasse mit einer Lehrerin oder einem Lehrer stattfinden. Zusätzlich soll individuelle Frühförderung am Schulstandort in Fächern wie Musik, Englisch, Sport und Bildnerische Erziehung durch einschlägig ausgebildete Fachpädagoginnen und Fachpädagogen bzw. durch Volksschullehrerinnen und -lehrer mit Zusatzausbildung gewährleistet werden;
- bilingualer Unterricht soll vermehrt angeboten und die Zusatzausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für diesen Unterricht gefördert werden. Der Unterricht soll unter zusätzlichem Einsatz von Nativespeakern als Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten erfolgen;
- Förderung der Mehrsprachigkeit (Unterrichtssprache Deutsch und Muttersprache);
- für Kinder, die Bildungsziele nicht erreichen, sind entsprechende schuleigene Förderangebote anzubieten, etwa Sommerkurse für Schülerinnen und Schüler;
- Festlegung bundesweit einheitlicher und transparenter Bildungsstandards, die in der 3. Schulstufe intern und extern evaluiert wird;
- Sicherstellung der schulischen Infrastruktur im Ländlichen Raum durch die Möglichkeit, die ersten sechs Schulstufen gemeinsam anzubieten, wobei die letzten beiden Jahre bereits von Hauptschul- bzw. Gymnasiallehrerinnen- und -lehrern unterrichtet werden;
- Professionalisierung der Bildungsberatung an der Schnittstelle von Volksschule und Mittelstufe mit dem Ziel, dass Eltern und Kinder den individuell besten Schultyp wählen können;
- Schaffung der Möglichkeit eines 5. Volksschuljahres für Kinder mit Förderbedarf statt frühzeitigem Aufstieg in die Mittelstufe ohne entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten.

### Mehr Durchlässigkeit ab 10 Jahren

Eine Bildungsdebatte, die sich in ihrem Schwerpunkt allein auf die Frage einer zentralisierten Gesamtschule für 10 bis 14-Jährige konzentriert, greift aus unserer Sicht zu kurz und verkennt die wirklichen Probleme. Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.

Im europäischen Vergleich trennen sich die Bildungswege der Pflichtschülerinnen und -schüler in Österreich früh. Österreich schafft mit dem differenzierten Bildungsangebot, das damit die weltweit einzigartige Berufsbildung sowie das duale Ausbildungssystem für Lehrlinge ermöglicht, hervorragende Chancen für die Jugend. Geringe Jugendarbeitslosigkeit, gute Jobchancen für unsere Kinder und Jugendlichen sind das Ergebnis unseres vielfältigen, modernen Angebots für unsere 10 bis 19-Jährigen.

Allerdings steht das österreichische Bildungssystem aufgrund der relativ kurzen gemeinsamen schulischen Bildung von vier Jahren insbesondere an den Übergängen von der Volksschule in die Mittelstufe und von der Mittelstufe in die Oberstufe/Lehre vor steten Herausforderungen hinsichtlich seiner Durchlässigkeit.

Während im Ländlichen Raum großteils hervorragende Hauptschulen und Gymnasien nebeneinander ein reichhaltiges Bildungsangebot bereitstellen (immerhin kommen bundesweit 50 % der Maturanten über die Hauptschule), werden in städtischen Ballungszentren (insbesondere in Wien) AHS-Standorte zu undifferenzierten Gesamtschulen ohne Leistungsgruppen und ohne individuelle Begleitung und Unterstützung, während die Hauptschulen an Attraktivität, Niveau und damit an Nachfrage verloren haben. Von Chancengerechtigkeit kann keine Rede

Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.

sein. Wir wollen das bestmögliche Bildungssystem, in dem jeder junge Mensch seine Chancen bestmöglich verwirklichen kann, d. h. Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.

Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.

### *Gemeinsamer Kernbereich und sichere Bildungsstandards in der Mittelstufe*

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen ein Bildungsniveau erreichen, das ihnen optimale Chancen auf eine weiterführende Ausbildung eröffnet. Ziel ist es, alle Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe in den zentralen Bildungsinhalten auf einen Bildungsstandard der 8. Schulstufe zu bringen. Schülerinnen und Schüler, die mehr Zeit zur Erreichung dieses Bildungszieles benötigen, sollen im Rahmen einer Orientierungsstufe künftig bis zu zwei weitere Jahre Zeit erhalten, die bestehenden Standards zu erreichen. Die hohe Abbrecherquote von rund 15 % ist zu senken, um jedem Jugendlichen eine Chance für sein Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen Begabte die Chance erhalten, nach ihrem individuellen Lerntempo leistungsgerecht unterrichtet zu werden. Eltern, Schülerinnen und Schüler sollen in Zukunft in der Mittelstufe in ganz Österreich verstärkt zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Angeboten wählen können.

In allen Bildungsangeboten der Mittelstufe soll es einen gemeinsamen, allgemeinbildenden Fächerkanon mit Bildungsstandards geben. Kindern und Eltern soll ein breites, vergleichbares Bildungsangebot zur Entfaltung der verschiedenen Interessen und Begabungen zur Auswahl stehen.

Es muss sichergestellt werden, dass Kindern aller Schulen eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten wird.

Kindern aller Schulen muss eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten werden.

Wir fordern deshalb:

- Verbesserung und Erhalt der Gymnasien (AHS) als allgemeinbildenden Bildungsweg (Mittelstufe und Oberstufe);
- Stärkung der Hauptschule als berufsbildende und lehrberufsausbildende Mittelstufe mit absoluter Durchlässigkeit;
- Implementierung eines neuen Lehrplans, um die bestehenden Kern- und Erweiterungsbereiche der Mittelstufe weiter zu verbessern;
- darüber hinaus soll jeder/jede die Möglichkeit erhalten, berufsbegleitend die Bildungsstandards der 8. Schulstufe durch maßgeschneiderte Kursangebote im schulischen Bereich zu erreichen;
- neue Formen der inneren Differenzierung für alle Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden und allgemeinbildenden Mittelstufe;
- Ausbau der Begabtenförderung auf der Basis der individuellen Potenzial- und Stärkenorientierung;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen;
- Ausbau eines attraktiven naturwissenschaftlich/technischen, kaufmännischen und humanberuflichen Bildungsangebots im Rahmen der Schulautonomie (Verstärkung des Schulprofils – autonome Regelungsmöglichkeiten);
- stärkere Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Ausbau der Individualpädagogik und Sicherstellung der Rahmenbedingungen.

### *Kein Jugendlicher ohne Abschluss: Oberstufe oder Lehre*

Das höchste Arbeitslosenrisiko haben jene, die nur die Pflichtschuljahre absolviert haben, aber über keinen Bildungsabschluss verfügen oder aber Leistungsschwächen in einzelnen Fächern aufweisen. Personen ohne abgeschlossene berufliche Erstausbildung sind am Arbeitsmarkt

schwerwiegend benachteiligt. Sie scheitern in aller Regel an den Anforderungen der Erstausbildung. Antworten auf diese Herausforderungen sind nur durch Anpassung und Modernisierung des gesamten Schul- und Ausbildungssystems möglich.

In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben. Neben einer fundierten Grundausbildung hat jeder Jugendliche in Österreich das Recht auf eine berufliche Ausbildung. Daher treten wir für die Umsetzung der Bildungsgarantie für unsere Kinder und Jugendlichen ein. Jugendliche brauchen eine ehrliche Perspektive für ihr weiteres Leben. Jeder junge Mensch soll sich darauf verlassen können, dass bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz auf individuell optimalem Niveau bereitsteht. Diese Bildungsgarantie sind wir der jungen Generation schuldig. Dabei gehört die duale Ausbildung auch gestärkt. Jedem Kind seine Chance, seine Berufsqualifikation.

**In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben.**

Die Zahl der Dropouts muss in der Oberstufe weitestgehend gesenkt werden: einerseits durch verbesserte Bildungsberatung vor der 9. Schulstufe, andererseits, indem qualitätsgesicherte Aufstiegsmöglichkeiten unter Anrechnung von Lernzeiten und Lernergebnissen zwischen und innerhalb der Oberstufe bzw. der dualen Ausbildung eingerichtet werden. Vergleichbare Gegenstände, Lerninhalte und Ausbildungsbereiche sollen anerkannt werden. Dadurch soll der Wechsel von einer Schulart bzw. Ausbildung in die andere erleichtert werden. Individuelle Förder- und Stützprogramme sollen ausgebaut werden, um den Dropout möglichst gering zu halten.

Wir fordern deshalb:

**Bildungsgarantie:  
Für jeden jungen Menschen muss bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz bereitstehen.**

- Die Möglichkeiten der Kombination von Lehre und (Berufs-)Reifeprüfung sollen erweitert werden. Im Rahmen der Lehrlingsausbildung soll unter Anrechnung von schulischen Vorkifikationen in der Berufsschule eine weitgehend kostenlose Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung ermöglicht werden. Die bestehende Notwendigkeit der Berufspraxis vor Ablegung der Berufsreifeprüfung bleibt aber bestehen, um die internationale Anrechenbarkeit dieses Abschlusses zu gewährleisten.
- Auch für Erwachsene soll es möglich sein, Schulabschlüsse aller Bildungsangebote der Mittelstufe und Oberstufe in modularen Systemen in öffentlich finanzierten Bildungseinrichtungen und an Schulen gebührenfrei berufs begleitend nachholen zu können. Auch die Berufsreifeprüfung soll auf dieser Basis nachgeholt werden können.
- Jugendliche, die keinen Lehrvertrag bekommen und nicht den Weg der Oberstufe beschreiten wollen, können bei entsprechender Eignung die praktischen Ausbildungsteile in geeigneten Einrichtungen (z. B. Werkstätten) erwerben. Die Berufe und Kapazitäten werden in Abstimmung mit der Wirtschaft festgelegt.
- Die Curricula der berufsbildenden Schulen sollen durch Fachhochschulen und Universitäten in facheinschlägigen weiterführenden Studien zeitlich und inhaltlich angerechnet werden.
- Bei Jugendlichen, die sich eine Ausbildung aus finanziellen Gründen nicht leisten können, soll eine weitergehende Unterstützung zur Erreichung des von ihnen angestrebten Bildungsziels geprüft werden.

Eine verbesserte Lehrlingsausbildung muss Hand in Hand gehen mit einer Mindestlehrlingsentschädigung. Derzeit verdienen Lehrlinge in verschiedenen Branchen unterschiedlich viel (Lehrling im Baugewerbe bis zu 700 Euro, Zahntechnikerlehrling nur 230 Euro). Das ist nicht fair und gerecht. Daher fordern wir eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.

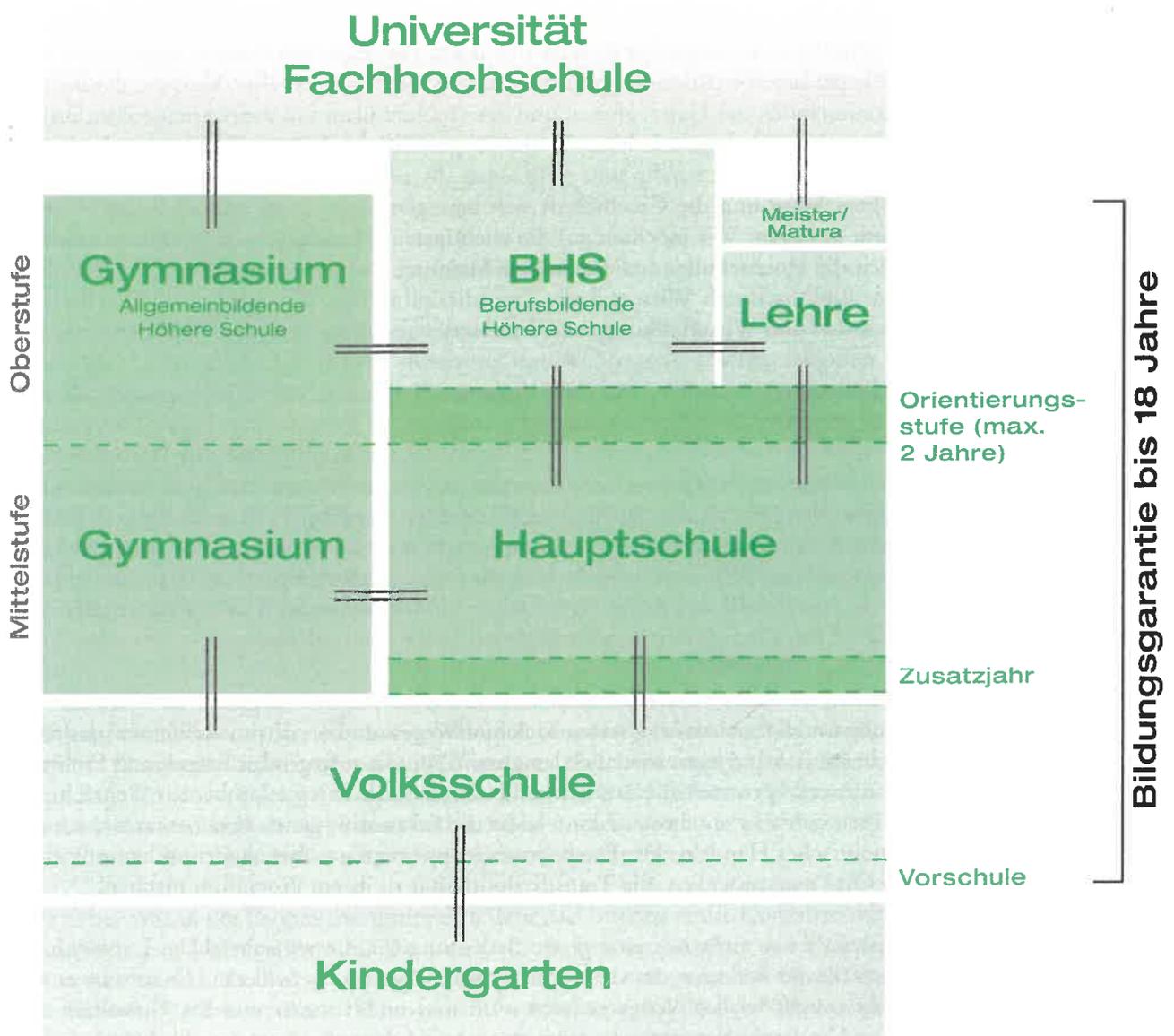
**Wir fordern eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.**

Das Ziel unserer Bildungspolitik ist die bestmögliche Ausbildung für jeden. Am Beginn der Industrialisierung wurde die Daseinsvorsorge zu einer zentralen Aufgabe des Staates, vom Wasser und Strom über Hygiene und Gesundheit bis hin zur sozialen Sicherheit. Heute, am Beginn einer globalen Wissensgesellschaft, ist die Bildungsvorsorge von einer ähnlichen epochalen

Bedeutung. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Qualität zu schaffen und dafür zu sorgen, dass niemand aus finanziellen Gründen draußen vor der Tür bleibt. Auch die Sozialpartner sind in der Pflicht, an der Bildungsvorsorge für eine veränderte Arbeitswelt mitzuwirken. Jeder Einzelne muss sich anstrengen. Im Interesse der jungen Menschen brauchen wir eine sozial verantwortliche Leistungskultur.

Das zukünftige Bildungssystem muss sicherstellen, dass alle die Chance auf die individuell höchste Qualifikation vorfinden und Durchlässigkeit zum tertiären Bildungsbereich (Fachhochschulen und Universitäten) gegeben ist. Wir schlagen deshalb vor, dass ein Übergang zum tertiären Bildungsbereich ohne Hürden gegeben ist, ausgehend vom Abschluss

- der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen;
- der Oberstufe der Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (HAK, HAS, HTL, HBLA etc.);
- der Lehrausbildung mit der Meisterprüfung.



## Wissenschaft und Forschung – Innovation und Reflexion

Die Gesellschaft als Ganzes hat ein hohes Interesse an einer prosperierenden Wissenschaft, und die Wirtschaft braucht laufend neues Wissen und neue Erkenntnisse, um im internationalen Wettbewerb bestehen und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Deshalb plädiert die Perspektivengruppe zum einen dafür, den neuen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung zu erkennen und der Erkenntnis auch Taten folgen zu lassen, wendet sich aber zum anderen gegen eine kurzsichtige Instrumentalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die nur das gelten lässt und fördert, was sich morgen scheinbar schon rechnet. Aus der Natur von Wissenschaft und Forschung folgt, dass sie nicht stromlinienförmig auf den direkten Nutzen programmiert werden können.

### *Bildung durch Wissenschaft – Wissenschaft als Produktivkraft*

Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Wer nur auf den Nutzen schießt, wird auch diesen verfehlen. Gerade in einer unübersichtlichen Welt mit rasanten Entwicklungen gewinnen Allgemeinbildung, Grundlagenforschung und auch Orientierungswissen eine neue Bedeutung. Wahr ist aber auch: Forschung, neue Ideen und ihre Anwendung in neuen Produkten sichern unseren Wohlstand und damit auch unsere soziale Sicherheit. Die Perspektivengruppe wendet sich auch hier gegen ein falsches Entweder-Oder-Denken. Wir plädieren stattdessen für gemeinsame Anstrengungen aller Akteure, des Bundes und der Bundesländer, der Unternehmen und der Hochschulen, um die führende Position des Forschungs- und Technologiestandortes Österreich weiter auszubauen.

Wenn die Forschung und die Gesellschaft sich bewegen, dann muss sich auch das Wissenschaftssystem bewegen. Wir möchten auf die wichtigsten Dimensionen aufmerksam machen, in denen sich die Hochschullandschaft unserer Meinung nach bewegen muss. Die Stichworte dazu lauten: Bildung durch Wissenschaft, Transdisziplinarität, Wirtschaft und Gesellschaft, Fachhochschulen und Weiterbildung sowie Internationalisierung und lokale Verantwortung.

Die Perspektivengruppe plädiert für einen höheren Stellenwert der Wissenschaft und ihrer Institutionen im öffentlichen Bewusstsein. Damit meinen wir mehr als finanzielle Zuwendungen und wir verstehen Wissenschaft auch nicht als Instrument, als „Zulieferer“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir halten fest an dem Gedanken „Bildung durch Wissenschaft“. Im wissenschaftlichen Prozess werden Grundhaltungen und auch Tugenden eingeübt, die auch für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung sind und deshalb eine Ausstrahlung haben sollten: Wahrhaftigkeit und ein Sinn für Qualität, Skepsis, Bescheidenheit, die Bereitschaft zu lernen und sich von anderen überzeugen zu lassen. Wir wollen die Wissenschaft auch in ihrer aufklärerischen Funktion und die Universitäten als Orte, wo die Gesellschaft über sich selbst nachdenkt.

Die Wissenschaften haben sich ausdifferenziert, die verschiedenen Disziplinen verselbstständigt. Arbeitsteilung und Spezialisierung waren auch hier Wege zum Fortschritt. Keiner will das rückgängig machen. Niemand kann aber auch leugnen: Wenn die aufregenden Fragen und Probleme an den Schnittstellen entstehen (vom Klimawandel über die Integration bis zur Gentechnik), die Disziplinen sich aber abschotten, dann leidet die Erkenntnis genau so darunter wie ein vernünftiges politisches Handeln. Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

Die Wissenschaft hat nicht nur eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Reflexion der Gesellschaft über sich selbst. In beiderlei Hinsicht ist es notwendig, dass immer wieder Neues gedacht wird und nicht immer nur das Gewohnte und Gewünschte. Die Perspektivengruppe leitet daraus eine doppelte Anregung ab, nämlich zum einen nach neuen gemeinsamen Wegen der Planung und Finanzierung – etwa über ein weiterentwickeltes Stiftungsrecht – von Forschungsvorhaben durch Staat und Wirtschaft zu suchen und zum anderen sich in den Hochschulen, aber auch in der Hochschulpolitik, zu überlegen, wie

Bildung,  
Wissenschaft und  
Forschung tragen  
ihren Sinn und  
Zweck in sich selbst.  
Wer nur auf den  
Nutzen schießt,  
wird auch diesen  
verfehlen.

Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

die Bedeutung und Eigenständigkeit der Kultur- und Geisteswissenschaften deutlich gemacht werden könnte.

Wir in der Perspektivengruppe wollen, dass sich die Universitäten und Hochschulen auf ihre eigentlichen, auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: Wissenschaft und Forschung und Ausbildung dort, wo spätere Berufe wissenschaftliche Ausbildung erfordern. Das aber setzt neue Formen der Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und deren massiven Ausbau voraus, die in einem solchen Verständnis weite Teile der Ausbildung übernehmen könnten; auch hier braucht es mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert. Mit dem Angebot eines „Seniorenstudiums“ ist es hier nicht getan. Die Perspektivengruppe hält ein gemeinsames Projekt von Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern, von Hochschulen und Fachhochschulen für überfällig, wie die (Fach-)Hochschulen systematisch zertifizierungsfähige Angebote machen können für Berufstätige in der Mitte des Lebens.

Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert.

Wir wollen die Universität nicht als einen „Elfenbeinturm“, sondern eingebettet in die internationale wie in die städtische und soziale Umgebung. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil. Unsere Universitäten müssen attraktiv werden für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt. Und sie müssen attraktiv werden für ihre möglichen „Kundinnen und Kunden“ auch aus den bildungsfernen Schichten. Erfahrungen aus anderen Ländern (z. B. rund um die London School of Economics) zeigen: Es sind nicht Studiengebühren, sondern es ist die ihnen ferne, „fremde“ Welt, die potentielle Studentinnen und Studenten aus den Arbeiterschichten von der Universität fernhält.

Es geht darum, das Besondere der Bildung und der Wissenschaft, der Schulen und der Hochschulen zu bewahren, aber es doch für alle zugänglich und offen zu halten.

#### *Tertiäre Bildung: Universitäten und Fachhochschulen stärken*

Universitäten und Fachhochschulen spielen eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung der modernen Gesellschaft und für die Sicherung des Wohlstands. Da Investitionen in Bildung und Forschung unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen, müssen die Strukturen im tertiären Bereich weiter optimiert werden. Wir von der Perspektivengruppe sind für den freien Zugang zu Universitäten. Qualitätsstandards für den Universitätszugang sind mit dem schulischen Bereich abzustimmen. Allenfalls spezifische Qualitätsstandards sind in ergänzenden Kursen zu erreichen. Es müssen die Voraussetzungen soweit verbessert werden, dass kein versteckter Numerus clausus praktiziert wird. Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen grundsätzlich auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studentinnen und Studenten gelöst werden. Eine Ressourcensteuerung sollte lediglich über Stipendien und eine optimale Bildungsberatung erfolgen.

Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studierender gelöst werden.

Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurde ein weitreichender Reformprozess für die Weiterentwicklung und Wahrung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitätslandschaft initiiert. Durch die Schaffung von Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen wurde die Grundlage für eine moderne Finanzierung der Universitätslandschaft in Österreich geschaffen. Die Universitäten sind zu motivieren und zu unterstützen, von ihrer gewonnenen Autonomie beim Einsatz dieser Instrumente intensiven Gebrauch zu machen.

Wir haben uns in der Perspektivengruppe an dem Ziel orientiert, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitäten und Fachhochschulen im europäischen wie im internationalen Kontext zu stärken. In diese Richtung sind weitere Schritte zu setzen. So ist die Steigerung der Investitionen für den tertiären Bildungssektor auf zumindest 2 % des BIP vorzunehmen und der tatsächliche Anteil am Budget der Universitäten, der von diesen durch besondere Leistungen erbracht wird, zu steigern.

Im Einzelnen plädieren wir für

*bessere Studienbedingungen*, um möglichst in Mindeststudienzeit studieren zu können:

- transparente Studienprofile bei Bachelor- und Masterstudien;
- Bachelorstudien sollen verstärkt berufsvorbereitend ausgerichtet werden;
- auf Bachelorstudien unmittelbar – oder auch später – folgende Masterstudien sind weiterbildend im Sinne einer fachlichen Erweiterung, Vertiefung oder Spezialisierung. Sie sind nach Möglichkeit auch berufsbegleitend zu organisieren;
- Verbesserung der Aufbau- und Anschlussfähigkeit durch verstärkte qualitätssichernde Anerkennung und Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen dem Fachhochschul- und Universitätsbereich;
- Erstellung einer Gesamtstrategie für die Entwicklung aller Studienangebote nach dem Muster des Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplans;
- Doktorats- bzw. PhD-Studien dienen der eigentlichen wissenschaftlichen Ausbildung für junge Forscherinnen und Forscher.

*bessere Vereinbarkeit* von Studium und Beruf:

- verstärktes Angebot an berufsbegleitenden weiterführenden Masterstudien nach dem Muster des Fachhochschulwesens sowie zusätzliche E-Learning Angebote;
- Ausweitung des Lehrveranstaltungs- und Serviceangebots an Abenden, Wochenenden sowie in Blockform, insbesondere auch die derzeit studienfreien Zeiten;
- nachgewiesene Qualifikationen sollen allein nach Maßgabe der Gleichwertigkeit im Studium anerkannt werden. Leistungen, die an Hochschulen, einer anerkannten postsekundären Bildungseinrichtung, im Erwerbsleben oder in der beruflichen Erwachsenenbildung erworben wurden, sollen in Zukunft gleichgestellt sein. Studierleistungen, die an inländischen Hochschulen erbracht wurden, sollen mindestens ebenso leicht angerechnet werden wie jene, die an einer ausländischen Hochschule im Rahmen von Auslandsaufenthalten und der Teilnahme an Austauschprogrammen erbracht wurden.

Postgraduale Ausbildungen gewinnen im internationalen Wirtschaftsleben immer mehr an Bedeutung. Schlüsselqualifikationen für erfolgreiches Management werden von internationalen Spitzenkräften beim Einstieg bzw. Aufstieg in Unternehmen zunehmend erwartet. Österreich muss sich auch auf diesem Ausbildungsniveau verstärkt profilieren.

Unser Ziel ist es, vom Kindergarten bis zur Hochschule ein Bildungssystem zu schaffen, das allen faire Chancen und gute Perspektiven für ihr Leben gibt.